

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Tragelohn. In den Abbestellstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6 gespaltene Botzelle 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 8 gespaltene Reklamezelle 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 89

Danzig, Donnerstag den 18. Juni 1914

5. Jahrgang

Die dänische Verfassungsreform

Am Montag wurde der Volksting verlegt, der Landsting aufgelöst.

In Dänemark beherrscht die Frage der Wahlrechtsrevision gegenwärtig die gesamte innere Politik. Die dänische Verfassung stammt aus dem Jahre 1849 und wurde zum ersten Male im Jahre 1866 revidiert. Nun haben sich die Liberalen, die Demokraten und die Sozialdemokraten zusammengeschlossen gegen die Konservativen, um eine neue Wahlrechtsverbesserung durchzuführen. Sie verlangen sowohl eine Reform des Landsting, des Oberhauses, das, wie in anderen Ländern, auch in Dänemark allen Reformbestrebungen, besonders auch in sozialer Beziehung, hartnäckigen Widerstand entgegensetzt.

Das dänische Parlament — der Rigsdag — besteht aus einer Abgeordnetenkammer, dem Volksting und einem Oberhause, dem Landsting. Der Volksting besteht aus 114 Abgeordneten, die auf die Dauer von drei Jahren durch das allgemeine Wahlrecht gewählt werden. Wähler sind alle Dänen vom 30. Lebensjahre an, mit Ausnahme der Dienstboten, der von der öffentlichen Wohltätigkeit Unterstützten, der im Konkurs Befindlichen und der Gefangenen. Der Landsting setzt sich aus 66 Mitgliedern zusammen, von denen 12 vom König auf Lebenszeit ernannt werden, 27 werden indirekt von den Wählern des Volksting gewählt; weitere 27 werden ebenfalls durch indirekte Wahl von den am höchsten Besteuernten nach einem ziemlich komplizierten Verfahren, das das Land zum Schaden der großen Städte begünstigt, erwählt. Diese Höchstbesteuerten haben ein doppeltes Wahlrecht, weil sie auch bei den Wahlen der ersten 27 ihre Stimme abgeben können. Aus alledem wird es klar, daß der Landsting in seiner Zusammensetzung durchaus reaktionär ist und sich jeder Verfassungsrevision widersetzt.

Zahlreiche Unterhandlungen haben zwischen der Rechten und den Parteien der Linken stattgefunden, um zu einer Verständigung zu gelangen. Vergeblich. Die Reaktionären im Landsting hatten eine Majorität von einer Stimme und trieben Obstruktion gegen die Verfassungsreform. Da starb ein Mitglied des Landsting. Es wurde durch einen Anhänger der Linken ersetzt und seitdem zeigten sich die Konservativen ein wenig verfnähtlicher. Die Frage der Revision wurde einer gemischten Kommission, die aus Liberalen, Demokraten, Sozialdemokraten und Konservativen bestand, überwiesen. Die Parteien der Linken, welche ihre Verfnähtlichkeit zeigen wollten, haben ihre Forderungen auf folgende beschränkt: Der Landsting soll, wie der Volksting, auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden. Die Zahl der Abgeordneten des Volksting wird von 114 auf 140 erhöht. Sechs neue Wahlkreise werden geschaffen: drei in Kopenhagen je einer in den Städten Aarhus, Aalborg und Esbjerg. Die Zahl der Wahlkreise, die je einen Abgeordneten zu wählen haben, würde nach den Vorschlägen 120 betragen. Die weiteren 20 Abgeordnetenmandate würden nach den Grundätzen der proportionalen Vertretung auf die verschiedenen Parteien des Volksting verteilt werden.

Diese Vorschläge wurden von den Konservativen verworfen. Sie verlangten vor allem die Anwendung des Pluralwahlrechtes für die Wahl aller Abgeordneten und besondere Bestimmungen für die Wahl der Mitglieder des Landsting.

Die Vorschläge zur Revision des Wahlrechtes, wie sie die Linke machte, fanden am 3. Juni im Landsting zur Beratung. Ihre Annahme war mit einer Majorität von 33 gegen 32 Stimmen sicher. Aber im Augenblick der Abstimmung verließen beinahe alle Konservativen den Sitzungssaal, so daß das Abstimmungsergebnis 33 gegen 0 Stimmen war. Zur Gültigkeit einer Abstimmung ist aber erforderlich, daß mehr als die Hälfte der Abgeordneten an der Abstimmung teilnehmen. Da der Landsting aus 66 Mitgliedern besteht, hätten also 34 an der Abstimmung teilnehmen müssen.

Am 9. Juni lag der Gesetzentwurf über die Aenderung des Wahlrechtes dem Volksting und erneut dem Landsting vor. Am Volksting wurde das Gesetz mit 192 gegen 6 Stimmen angenommen. Am Landsting aber erneuerten die Konservativen ihre Obstruktion vom 3. Juni. Sie verließen im Moment der Abstimmung wieder den Sitzungssaal.

Der Ministerpräsident hat nun dem König die Auflösung des Landsting vorgeschlagen, und jetzt ist die Auflösung erfolgt. Freilich gab es vorher noch einen kleinen Konflikt mit dem König: er wollte die Auflösung nicht auf die lebenslänglichen Mitglieder erstrecken. Der Ministerpräsident mußte mit Rücksicht drehen, um dem Volkswillen, der in diesem Falle von ihm vertreten wurde, Nachdruck zu verschaffen.

Die ganze Angelegenheit gibt uns einige Lehren. Die Konservativen scheuen vor keinem Mittel, auch nicht vor dem der hartnäckigsten Obstruktion zurück, wenn es gilt, ihre Privilegien aufrecht zu erhalten. Andererseits: eine Regierung, die eine Wahlrechtsreform ehrlich will, kann die Mittel finden, sie durchzuführen. Wenn in einem Lande eine verprochene Wahl-

reform nicht durchgeführt wird, so nur deshalb, weil die Minister sich nicht als Diener des Landes, sondern ausschließlich als die Diener der herrschenden Klassen fühlen.

Eine würdige Krönung

Am Dienstag hat mit erdrückender Mehrheit das preussische Dreiklassenparlament dem Beschluß seiner Geschäftsordnungskommission zugestimmt, das ehrengerichtliche Verfahren gegen unsere Genossen Liebtnecht während der Dauer der Session nicht einzustellen, sondern es seinen Fortgang nehmen zu lassen. Damit hat das Geldparlament die volks- und arbeiterfeindliche Tätigkeit, die es fünf Monate hindurch ununterbrochen ausgeübt hatte, durch einen Beschluß gekrönt, wie er in der Geschichte der Parlamente aller Länder der Erde durchaus beispiellos dasteht. Ausschließlich die spärlich erschienenen Fortschrittler waren es, die außer unseren Genossen gegen diesen ungeheuerlichen Beschluß stimmten. Nach einander halten Herr v. Dittfurth für die Konservativen, Herr Herold fürs Zentrum, Herr Dr. Schiffer für die Nationalliberalen und Herr Hengsberger für die Freikonservativen die Erklärung abgegeben, daß sie dem Beschluß der Geschäftsordnungskommission zustimmen. Die Fortschrittler hatten sich in Schweigen gehüllt.

Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion brandmarkte Genosse Hännisch in scharfer Rede das unglaubliche Vorgehen der Mehrheit. An Hand altermässiger Beweise legte er dar, wie besonders die Nationalliberalen und das Zentrum gegenüber ihrem Standpunkt von 1911 in dieser Frage eine vollständige Schwelung vorgenommen haben. Er wies eins der von den Wortführern der Mehrheit vorgebrachten Argumente nach dem anderen in ihrer ganzen Unsinnigkeit zurück und betonte, daß es ausschließlich der wilde Haß gegen den Genossen Liebtnecht als Entküller der Kruppstandale und des Ordens- und Titelschachers sei, der die Mehrheit zu ihrem Vorgehen bestimmte. Unser Redner schloß mit der Prophezeiung, daß dieser Beschluß einen ungeheuren Sturm der Empörung im ganzen preussischen, ja im ganzen deutschen Volke entfesseln werde, ein Sturm, der schließlich die reaktionäre Mehrheit von ihren Nischen fegt. Es sei höchste Zeit, der Existenz dieses durchaus unerträglich gewordenen Parlaments ein Ende zu bereiten. Nieder mit einem Parlament, in dem solche schmachvollen Vorgänge möglich sind! Nieder mit der Dreiklassenchande! Es lebe das freie Wahlrecht! In diesen Ruf stimmten unsere Genossen einstimmig ein, während die Gegner in ein wildes Wutgeschrei ausbrachen. Nicht weniger als drei Ordnungsrufe hatte der Präsident dem sozialdemokratischen Redner erteilt und er war gerade im Begriff, beim Kreuze die Ermächtigung zur Wortentziehung einzuholen, als Genosse Hännisch seine Rede beendete. Auch im weiteren Verlauf der Sitzung hagelte es nur so Ordnungsrufe, von denen kaum ein Mitglied unserer Fraktion infolge der gemachten Zwischenrufe verschont blieb.

Am Schluß der Sitzung beantragte Genosse Adolf Hoffmann, auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach den Ferien, am 10. November, den fortschrittlichen Antrag in der Wahlrechtsfrage zu setzen. Natürlich nahm die Mehrheit diesen Vorschlag mit Lachen und albernen Zurufen auf. In einer um 4 Uhr anberaumten Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Dr. Porsch lebendig mitgeteilt, daß das Haus bis zum 10. November verlegt worden sei. Unsere Genossen nahmen an dieser Sitzung nicht teil. Ein Hoch auf den König fehlte in dieser Schlusssitzung.

Die Rede, die Genosse Hännisch im Dreiklassenhause hielt, hat folgenden Wortlaut:

Hg. Hännisch (Soz.): Zunächst habe ich im Namen Dr. Liebtnechts ausdrücklich zu erklären, daß selbstverständlich für die Einbringung des Antrags Braun in keiner Weise die persönlichen Interessen oder der Wunsch Dr. Liebtnechts maßgebend gewesen ist. (Rufe rechts: Na, na!) Dr. Liebtnecht denkt gar nicht daran, den Schutz dieses Parlaments in Anspruch zu nehmen, er würde das für unter seiner Würde halten. (Pflaube rechts. Sehr richtig! bei den Soz. Ordnungsruf des Vizepräsidenten.) Ich bin zur Ordnung gerufen worden wegen eines Verstoßes gegen die parlamentarischen Formen des Hauses. Was Sie aber beschließen wollen, ist ein viel schwererer Verstoß gegen den Inhalt des Parlamentarismus, gegen die Rechte, gegen den Lebensnerv des Parlaments. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unseren Antrag haben wir nur deshalb gestellt, weil gerade in diesen Zeitsüften in Preußen und Deutschland ein Parlament auch nicht das Tüpfelchen über dem i von seinen winzigen Rechten preisgeben darf. Aus dieser Ermägung haben wir auch gegen die Auslieferung des zu unseren schärfsten Gegnern gehörenden Abgeordneten Hammer gestimmt. Es ist eine Ironie, daß dieselben bürgerlichen Parteien, die sozial von der Würde des Parlaments reden, auch hier wieder die Sorge für die Interessen und die Würde des Parlaments uns Sozialdemokraten überlassen. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien.) Besonders gilt das von den Nationalliberalen.

In Ergänzung der Ausführungen des Berichterstatters betone ich besonders, daß das ganze Verfahren seinen Ausgang nahm von einer schmutzigen Denunziation. Was man von einem Denunzianten zu halten hat, darüber sollten die anständigen Leute aller Parteien einig sein. Das Volk sagt drastisch:

Der größte Lump im ganzen Land,
Das ist und bleibt der Denunziant.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Will das Haus sich zum Mitschuldigen des Denunzianten Schwabe machen, der allerdings durch seine Denunziation sich den Weg in Breußen geebnet haben dürfte?! Durch seine Rede auf dem Magdeburger Parteitag hat Dr. Liebtnecht Millionen des deutschen und preussischen Volks aus der Seele gesprochen. (Zustimmung b. d. Soz., Lachen rechts.) Zu scharf konnte da überhaupt nicht geredet werden. Alle Instanzen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, alle diese juristischen Korpyphäen, sind einmütig zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht der geringste Grund für ein strafrechtliches Einschreiten gegen Liebtnecht gegeben sei. Schon im Königsberger Hochverratsprozeß gegen unseren Kollegen Braun und Genossen wurde autoritativ festgestellt, daß die Gegenseitigkeit bei Majestätsbeleidigungsprozessen mit Rußland nicht verbürgt ist. Die erste Instanz, die Appellinstanz, hat auch das von der Staatsanwalt verlangte ehrengerichtliche Verfahren gegen Dr. Liebtnecht abgelehnt, und damals hat dieses Haus mit einer seltenen Einmütigkeit die Einstellung des damals eingeleiteten Verfahrens, das zur Anklage nicht führte, beschlossen. Das entsprach seiner jahrzehntelangen Praxis, schwebende Verfahren stets einzustellen, wenn nicht besonders wichtige Rechtsgüter zu schützen sind. Damals war es insbesondere das Zentrum und die Nationalliberalen, die die heute von uns vorgebrachten Argumente als absolut ausschlaggebend erklärten und nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen einen Grund anerkennen wollten, von dem bewährten Brauch des Parlaments abzugehen. Die Haltung dieser Parteien heute zeigt, welche kolossale Rechtschwelung sie in den drei Jahren vollbracht und daß sie zu würdelosen Sakalen und Schlepptägern der Konservativen geworden sind. (Großer Lärm bei der Mehrheit, Zustimmung bei den Soz.) Im Reichstag wurde einstimmig, von den Konservativen mit eingeschlossen, die Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens beschlossen. Jetzt beruft man sich auf einen Beschluß der Justizkommission aus dem Jahre 1853, aus der schlimmsten Reaktionszeit. Selbst unter dem Sozialistengesetz hat der Reichstagsfraktion gegen die Auslieferung von bürgerlichen Abgeordneten gestimmt. Man sagt, Dr. Liebtnecht werde in seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht gehindert, weil er keiner der weiter tagenden Kommissionen angehöre. Er kann aber natürlich jederzeit vertretungsweise in eine der Kommissionen entsandt werden, zumal er der einzige Jurist unter uns ist. Da im Sommer die Gerichtsferien sind, kann auch Herr Herold gar nicht sagen, ob das Verfahren so rasch erledigt wird, daß Dr. Liebtnecht nicht in seiner eventuellen Kommissionsfähigkeit gehindert würde.

Aus den Kommissionsverhandlungen eher muß ich doch noch herausgreifen, daß dort ein konservativer Abgeordneter, ohne von dem Vorsitzenden zurechtgewiesen zu werden, behauptete, Dr. Liebtnecht erhebe geradezu gewerkschaftliche Schmähungen. Daraus ist erkennbar, daß der wahre Grund Ihres Vorgehens Ihr ganz besonderer Haß gegen Dr. Liebtnecht ist, den Sie wegen seiner Enthüllungen der Korruption in den riesigen Krupp, Siemens-Schuckert, General v. Vindennau, wegen der Enthüllung des ganzen Ordens- und Titelschachers so hatten, wie keinen anderen Abgeordneten hier. (Lärm rechts.) Da die bürgerlichen Parteien nicht in der Lage sind, Dr. Liebtnecht moralisch totzumachen, und da sie ihn politisch nicht totmachen können, so versuchen Sie es mit dem schäbigen und schuftigen Mittel, ihn materiell zu vernichten. (Sturm. Zustimmung der Soz., gr. Lärm rechts, zweiter Ordnungsruf des Vizepräsidenten Dr. Porsch. — Die Sozialdemokraten Ab. und Paul Hoffmann die in stürmischen Zwischenrufen das Vorgehen jenes konservativen Kommissionsmitgliedes als Unanständigkeit kennzeichnen, werden zur Ordnung gerufen.) Der Beschluß, den Sie fassen wollen, ist vom Haß eingegeben. Wenn dieses sogenannte Parlament sich um den letzten Rest politischen und moralischen Kredit bringern will, den es vielleicht noch irgendwo im Lande haben möchte, dann mag es nur so beschließen. (Erneuter großer Lärm rechts, lebhafteste Zustimmung der Soz., dritter Ordnungsruf des Vizepräsidenten, der zur Wortentziehung schreitet.) Ein solcher Beschluß wird einen Sturm entzünden, der Sie, auch wenn Sie sich noch so an Ihre Siege anklammern, von Ihren Plätzen fegen wird; er wird das Feuer des Wahlrechtskampfes zur hellen Flamme entfachen, er wird beweisen, daß die Existenz dieses Hauses unerträglich geworden ist, und die Antwort auf ihr wird der Schrei sein: „Nieder mit einem Hause, in dem so schmachvolle und ungeheuerliche Vorgänge möglich sind!“ (Lobender Lärm rechts, vierter Ordnungsruf des Vizepräsidenten, der dem Redner das Wort entzieht. Unter zahlreichen Rufen der Rechten, aus denen man besonders das parlamentarische Wort: „Raus!“ heraushört, führt Abg. Hännisch seine Rede zu Ende.) Nieder aber nicht nur mit diesem Haus, sondern auch mit dem Schandwahlrecht zu diesem Hause — es lebe das freie Wahlrecht! (Die Sozialdemokraten stimmen in das Hoch auf das freie Wahlrecht ein, andauernder großer Lärm im ganzen Hause.)

Politische Tagesübersicht Deutschland

Die letzte Sitzung des Herrenhauses. Am Dienstag nachmittags nahm das Herrenhaus die Befähigungsnovelle in der Fassung an, die das Abgeordnetenhaus ihr gegeben hatte, d. h. unverändert nach der Regierungsvorlage. Der Finanzminister erklärte ziemlich überflüssigerweise, daß die Initiative der Regierung, aber niemals dem Parlament zustehen könne. Diese parlamentsfeindliche Erklärung fand natürlich den lebhaftesten Beifall des Herrenhauses, in dessen Namen Herr v. Buch die Rede des Ministers begrüßte und einige belanglose Bemerkungen über die Wahlparlamentarische machte. — Eine Anzahl kleinerer Vorlagen wurde dann ohne Debatte angenommen. — Kurz darauf trat das Haus wieder zusammen, um die Verfassungsänderung entgegenzunehmen. Auch hier wurde, wie im Abgeordnetenhaus, kein Hoch auf den König ausgebracht.

Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Regierung in der badischen Kammer. Die II. badische Kammer lehnte Dienstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freikämmlinge die direkte Wahl für die Kreis- und Bezirksverwaltungen ab. In der Debatte beschuldigte Genosse Frank den Minister Bodman, die Sozialdemokratie beleidigt zu haben durch den Vorwurf, ihr fehle der im Verwaltungsgesetz vorgesehene Gemeinnutz; der Minister verfehle aber die Verfassung durch die Achtung der politischen Meinungsfreiheit. Der Minister antwortete, die Sozialdemokratie sei für die staatliche Verwaltung untauglich wegen ihrer Geringschätzung der Monarchie und wegen ihrer revolutionären Politik; sie wolle ja auch den Waffenstreik.

Der Rudolfsstädter Landtag wird am 20. Juni zu einer kurzen Tagung zusammentreten, um über den von der Regierung vollzogenen Verkauf von zum Kammergut Seedorf in Schleswig gehörigen Gütern zu beraten. Im Herbst wird der Landtag nach einer Tagung von nur kurzer Dauer geschlossen werden, da die dreijährige Legislaturperiode verfließen ist und verfassungsgemäß Neuwahlen vorzunehmen sind.

Nationalliberaler Parteitag. Der diesjährige Allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei findet am 10. und 11. Oktober in Köln statt. Ursprünglich war Ende September in Aussicht genommen. Dem nationalliberalen Parteitag geht eine Zentralvorstandssitzung voraus, die am 9. Oktober zusammentritt.

Der fortschrittliche Abgeordnete Bleil ist im Alter von 76 Jahren in Brandenburg a. d. H. gestorben. Er gehörte dem Reichstag von 1898 bis zur Auflösung 1906 als Vertreter des schlesischen Wahlkreises Hirschberg an; im preussischen Landtag vertrat er den Wahlkreis Frankfurt a. O. Gebus. Bleil ist im Parlament als Redner nicht sehr hervorgetreten, es wird ihm nachgerühmt, daß er dafür einer der fleißigsten Mitarbeiter in den Kommissionen gewesen ist. Bei der erforderlichen Landtagsnachwahl dürfte das Mandat der Fortschrittspartei erhalten bleiben. Bleil wurde mit 315 gegen 245 konservativen Stimmen gewählt.

Frankreich

Der Drohgeden gegen Frau Callaux. Der Beginn der Verhandlung gegen Frau Callaux ist auf den 20. Juli festgesetzt worden. Für die Verhandlung sind sechs Tage in Aussicht genommen.

Ein Vertrauensvotum für das neue französische Ministerium. Am Dienstag hat der Ministerrat eine Sitzung abgehalten, in welcher die Fassung der ministeriellen Erklärung gebilligt wurde. In dieser Erklärung sagt die Regierung, daß sie ihre Autorität nur auf eine ausschließliche republikanische Mehrheit stützen wolle. Sie erklärt, daß das nächste Ziel, das Anleihegesetz, noch vor dem Budget genehmigt werden müsse. Dann aber werde sie dem Senat raten, diese Vorlage, die eine progressive Steuer auf die gesamten Einkommen fordere, in das Finanzgesetz von 1914 einzufügen. Ueber das Dreijahresgesetz wird in der Erklärung gesagt: Das Parlament hat das Gesetz vom 7. August 1913 über die Verlängerung der militärischen Dienstzeit angenommen. Dieses Gesetz allein genügt nicht, um die Verteidigung des Landes zu sichern. Die Regierung wird binnen kurzem eine Vorlage über die militärische Vorbereitung der Jugend und über die Reorganisation der Reserven einbringen. Erst nach Annahme dieser Vorlage wird die Regierung eine teilweise Erleichterung der militärischen Lasten vorschlagen können. Die Erklärung bestätigt die Notwendigkeit einer Wahlreform. Ministerpräsident Briand gab in der Kammer die Erklärung ab. Bei dem Abschluß über das Dreijahresgesetz rief der Sozialist Vallant unter dem Beifall der äußersten Linken: „Nieder mit den drei Jahren“, was vom Zentrum mit Lärm beantwortet wurde. Nach lebhafter Debatte wurde die von Breton-Grenier und Genossen im Namen der republikanischen Sozialisten und der übrigen linksrepublikanischen Gruppen eingebrachte Tagesordnung mit 370 gegen 171 Stimmen angenommen: Die Kammer spricht der Regierung das Vertrauen aus, in der Ueberzeugung, daß diese sich in einer auf der Einigung der Republikaner beruhenden Politik der Reform bestärkt und sich auf eine ausschließliche republikanische Mehrheit stützen will.

Schweiz

Zwangseinbürgerung in der Schweiz. Soeben erscheint eine Vorlage, die wahrscheinlich im Herbst parlamentarisch behandelt werden wird und die geeignet ist, die Ungerechtigkeit, daß ein Drittel der Arbeiterschaft der Schweiz kein Stimmrecht hat, beseitigt. Es sollen alle in der Schweiz geborenen Ausländer im Moment ihrer Volljährigkeit zwangsweise Bürger ihrer Wohngemeinde werden, wobei der Bund die Einbürgerung trägt. Von der halben Million Ausländer, die in der Schweiz wohnen, sind rund 150 000 in der Schweiz geboren. Die Zahl der in der Schweiz geborenen, alljährlich in Deutschland, Italien, Frankreich und Oesterreich zum Militär gestellungspflichtigen jungen Leute beträgt rund 3000. Die Schweiz liest also durch ihre Schulen, durch ihre Sprache und Kultur dem Auslande tausende junge Leute, für die es ein trasses Unrecht ist, wenn man sie jahrelang in die Kasernen einsperrt und ihnen die Disziplin zumutet, die in monarchischen Ländern bereits auf der Schulbank eingedrillt wird, die aber in der Schweiz geborene junge Leute kaum aushalten können. Die Söhne der ausländischen Bourgeois langen einfach in den Geldsack und werden mit einem Kostenaufwand von 500 bis 1000 Frs. Schweizerbürger. Anders die Söhne der Arbeiter; da gibt es Leute, die bereits in dritter Generation in der Schweiz wohnen, die durch schweizerische Mütter völlig assimiliert sind, trotzdem aber Ausländer sind. Der Umstand beispielsweise, daß Städte wie Zürich, Basel und Genf keine

sozialdemokratische Mehrheit haben, läßt sich nur durch die Stimmrechtslosigkeit dieser in der Schweiz geborenen Ausländer erklären. Sollte die bundesrätliche Vorlage Gesetz werden, so wird alljährlich eine Zwangseinbürgerung von 2000 bis 4000 in der Schweiz geborenen Ausländern stattfinden, was sich als ein Gebot der Gerechtigkeit erweist. Im allgemeinen ist zu konstatieren, daß die Ausländer zweiter Generation sprachlich und politisch völlig in der Bevölkerung des Geburtslandes aufgehen. Es war nur die bisherige Geldgierigkeit der Zuspürger der Gemeinden, die deren Einbürgerung verhinderte.

Libanien

Vom Kampf um Durazzo. Es wird gemeldet, daß sich die Rebellen zurückzogen. Man führt diesen Rückzug auf die Ankunft von Verstärkungen zu Wasser und zu Lande zurück, die bereits die Stadt Troja besetzt haben sollen, die die Russländer ohne Garnison gelassen hatten. Die letzten Nachrichten besagen, in Durazzo herrsche Ruhe.

Mexiko

Niederlage der Rebellen? Nach einem Telegramm aus El Paso soll Huerta die Rebellen bei Zacatecas geschlagen haben. Der Rebellenführer Natera griff die Verstärkungen der Bundesstruppen in den Bergen viermal an und wurde mit ungewöhnlich schweren Verlusten zurückgeschlagen. Die Rebellen zählten 7000 Mann, die Bundesstruppen 8000. General Villa schickte starke Hilfsträfte zur Unterstützung der Rebellen ab.

Danziger Nachrichten

Etwas von der Rose.

Die Königin der Blumenwelt entfaltet jetzt wieder ihre Farbenpracht. Als Zierpflanze findet man die Rose in den meisten Gärten und Anlagen. Sie ist so mit Sage und Poesie verknüpft, daß man sie als die bekannteste und populärste Blume bezeichnen kann. Schon im Altertum war die Rose das Symbol der Schönheit und der Liebe. Zugleich erscheint sie aber auch in der Mythologie als Sinnbild der Vergänglichkeit des Menschen, denn nach alter Sitte wurden die Gräber mit Rosen besetzt. Besonders gedieh schon im Altertum die Rose im sonnigen Italien, wo sie an manchen Stellen zweimal im Jahre Blüten hervorbrachte. Bei den Gastmählern der alten Römer wurde das Haupt der Tänzerin, sowie des weinenden Knaben mit einem Rosenkranz umwunden. Die Rose war im alten Rom so in den Liebes- und Lebensgenuß verflochten, daß beispielsweise Kaiser Nero bei einem Gastmahl für 600 000 Mark Rosen vergebete.

Auch im Mittelalter wurde mit der Rose ein ungemeiner Kult getrieben. Sie wird von Dichtern und Sängern verherrlicht. Die alten Germanen hielten zur Zeit der Frühlingsfeier mit Vorliebe Versammlungen auf Plätzen ab, die von Rosenhecken umgeben waren. Besonders wird die Rose bei den alten Deutschen als Symbol der Liebe gepriesen. Heute gibt es viele Arten wilder und zerkelter Rosen. Sie erfreut die Menschen mit ihren Wohlgerüchen und ihrer Farbenpracht und ist auch für die Deutschen eine Lieblingsblume geworden. Es gibt in Deutschland Gärten, die durch ihre prachtvollen Rosen Berühmtheit erlangt haben.

Das schlafende Heer

Roman von E. Viebig.

„Tag!“ Vater Bräuer sagte nur an die Mütze, während der Sohn die seine wohl heruntertrat, aber sogleich wieder auflehnte. „Könnte besser sein. Wer kommt nit voran. Hätt ich dat gemußt!“

„Wieso — hätten Sie was gemußt?“ fragte Doletschal lebhaft. „Ueber was haben Sie sich zu beklagen?“

„Der Herr ist wohl auch einer von der Kommission?“ sagte Peter misstrauisch und wechselte einen Blick mit seinem Sohne.

„Rein!“ Doletschal hatte den Blick aufgefangen. „Aber Sie können mir ruhig sagen, was Ihnen nicht behagt. Ich interessiere mich für die Kolonisation. Ich bin auch Deutscher. Hier in der Nachbarschaft ansässig — Doletschal auf Deutsch!“

„Ah, Sie sind der von Doletschal?! So, no dann — Peter Bräuer streckte treuherrlich die Hand hin — dann is dat wat anders. Ich hab' als von Ihnen gehört. Un dat is Ihr Frau?“ Er grüßte mit einer ungeheuren Verbeugung nach dem Wagen hin. „Ja, wissen Se, Herr von Doletschal. Se wüssen mir dat nit übel nehmen, aber mer wird ganz misstrauisch. Sie haben einem dat doch all ganz anders vorgestellt — oder ob ich mir dat so anders gedacht hab'!? Ich weiß et nit. Jedenfalls hätt' ich, wenn ich früher gemußt hätt', dat mer et schlecht Arbeitstrait kriegt — ich weiß nit, sind ihrer wirklich kein da oder wollen se nur nit — mir dat Haus vom Bauamt heue lassen. Sie hatten mir dat angeboten, aber ich doch, et kām' so billiger. Ja, un wenn ich dat all ganz genau gemußt hätt', wär' ich gar nit hierhin gekommen, da hätt' ich doch ebenis gut nach Amerika auswandern können!“

„Das bürtet Sie nicht sagen!“ Doletschal warf einen wohlgefälligen Blick auf den jungen Mann, der zu den Worten des Vaters bestimmend nickte. Sie müssen doch Ihre Kinder, Ihren Sohn da, dem Vaterland erhalten!“

„Oh, wat dat angebeland, de kann in Amerika eben so gut deutsch bleiben wie hier! Un hier muß mer sich ja plagen, genau so wie wo anders — ne, noch viel mehr!“

Es tat dem Mann augenscheinlich gut, sein Herz zu entlasten. Da hatte ihm wohl die Kommission fast alles, was zum Hausbau gehörig, prompt und nicht teuer zur Stelle geliefert: Mauer, Ziegel, Gipssteine, Feldsteine zum Fundament, und auch Bauholz. Auch hatte er für sich und seine Familie derweilen drüben in der Holzgarade die erste Unterkunft gefunden. Aber nun würde der Bau doch doppelt so

lange dauern als vorausgesehen, denn aus Miasieczko der Zimmermann mit seinen Gefellen war nur zwei Tage erschienen, dann nicht mehr; und der Maurer drüben aus dem Dorf, der sich, gegen hohen Tagelohn, für die ganze Zeit verpflichtet hatte, war nach einer halben Woche auch nicht mehr gekommen. Als der Valentin hingegangen, ihn zur Rede zu stellen, hatten sie sich durchaus nicht verständigen können; ein müstes Gezänke war's geworden. Aber wer konnte es dem Jungen verdenken, daß er mit der Faust auf den Tisch geschlagen? War er denn nicht in seinem guten Recht?! Doch das Gefindel war in lautes Hallo ausgebrochen, und die Frau hatte drohend nach dem Wasserkessel gegriffen, der auf dem Herd sprudelnd kochte. Und niemand, niemand anders war zur Hilfe aufzutreiben gewesen! Ganz allein waren sie sitzen geblieben mit aller Arbeit! Ein Glück noch, daß sie etwas davon verstanden — aber freilich, 's war nur ein Stall gewesen, den sie dazumal allein gebaut hatten, und noch dazu war's zu Hause gewesen, am Rhein!

Der Gutsverwalter auf dem Restgut, an den man sich doch mit allen Ansetzen wenden sollte, hatte die Achseln gezuckt bei seinen Klagen: ja, warum mußte denn durchaus selber gebaut sein?! Mit den Leuten hierzulande mußte man eben in Frieden auskommen, er könnte da auch gar nichts bei machen!

Unwirsch fuhr sich der Ansiedler durch die Haare:

„Et geht so langsam, viel so langsam! Un dat Kettschen jammert in der Barad — kein Ordnung, kein Reinlichkeit is möglick! — un da sind getern ihrer noch welche zugekommen — se sagen, se wären deutsch, de Mann spricht auch deutsch, aber die Weibsteu! Ich wüßte nit, was dat mit den Weibsteu ist! Soll nun mein Frau in einem Raum schlafen?! Denken Se ens an!“

„Un wie lang dauert et noch, un et is hier schon Herbst! Die Tag sind eto heiß, aber die Nacht sind als kühl. Bei uns zu Haus is dat ganz anders, da blühen Allerheiligen die Rosen noch. Oh, hätt' ich dat gemußt! Re, ich sag' schon — wie kriegt' ich dat Haus trocken?“

Sie tiefere Angst lag unter diesen Worten, Doletschal fühlte sie heraus.

„Ich werde Ihnen meinen Stellmacher zu Hüfe schicken,“ sagte er. „Der Mann hat zwar noch kein Haus gebaut, aber er wird Ihnen doch jedenfalls von Nutzen sein. Und er ist deutsch!“

„Dat — dat wollten Sie tun?!“ Ein Ausdruck freudigster Erleichterung erhellte des Ansiedlers bekümmertes Gesicht. „Den Stellmacher — Donnerstags! Valentin, Jung, hörste, mir kriegen Hilf!“

Der Sohn hatte die Mütze vom Kopf gerissen, sein ganzes hübsches Gesicht lachte. Unerfrorene Herzlichkeit lag in der Bewegung, mit der er nun rasch auf den Herrn zutrat; man sah's, er hätte dem gern die Hand geschüttelt, aber der beim Militär angezogene Drill hielt ihn zurück.

Er nahm die Haken zusammen: „Besten Dank, Herr Baron!“

Wohlgefällig musterte Doletschal den stattlichen Menschen. „Garbe, was?“

„Rein, Herr Baron, Deutser Kürassier!“

„So, so. Ich bin Rittmeister bei den Garde-Kürassieren!“

Valentin schlug wieder die Haken zusammen. Er murmelte etwas von „großer Ehre“, und eine helle Röte stieg ihm dabei ins Gesicht; man hörte seiner Stimme die Freude an. Eine Verbindung war plötzlich vorhanden, zwischen ihm und jenem vornehmen Herrn da.

Auch Doletschal sagte: „Wir müssen zusammenhalten hier!“ Die Leute gefielen ihm, der Alte war recht ein knorriger Stamm, der dem Wetter trotzte, und der Junge, nun — unwillkürlich verglich er zwischen sich und dem krausköpfigen Burtschen — der war ja fast noch schlanker als er selber und elastisch in jeder Bewegung wie ein gut Trainierter! Die Leute mußten unterstützt werden, nach Kräften!

„Ich werde Ihnen morgen meinen Stellmacher herkschicken,“ wiederholte er noch einmal, „und auch noch den Schmied!“

Selene sah schon lange wartend auf dem Wagen. Sie hatte ihren Mann, der, einen Fuß auf den Balken stützend und die Hand mit der Peitsche in die Seite stemmend, den Leuten, zuhörte, beobachtet; nun waren alle drei miteinander hinterm Neubau verschwunden.

Sie warrete noch eine Weile ganz geduldig, aber als sie noch immer nicht zurückkehrten, schlang sie die Zügel um den Haken am Rutschbock und sprang vom Wagen. Der Traber stand auch so.

Ueber den gläsernen Himmel, leicht angegraut vom mehligem Dunst der Felder, kroch schon ein Abendrot. Im Schleier der sich mächtig ankündenden Dämmerung wurde alles milder. Noch lag viel Glanz über der Flur, aber kein gaußamer mehr, der den Augen weh tat; er wurde friedlich. Aus einem Tümpel, den man nicht sah, flog Fröschfang, wie im Schlaf, ganz traumhaft. Und — horch! — war das nicht schon die Wachtel, die zu Abend im Kornfeld rief?

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen Elbing-Marienburger

Eine neue Verhaftung. Der Elbinger Banktrach bringt jeden Tag neue Ueberraschungen. Der Verhaftung des Bankdirektors Hein ist jetzt die Verhaftung des Kaufmanns Karl Siede aus Oliva gefolgt. Siede war — abgesehen von seiner Eigenschaft als preussischer Offizier, auf die er sich den Beamten der Elbinger Vereinsbank gegenüber berief — Mitinhaber der Firma Schent. Er wird der Verleitung zur Untreue beschuldigt. Ueber Siedes Vermögen ist das Konkursverfahren eröffnet. In Elbing weiß man sich viel von Sekt- und Kaviarfrühstücken zu erzählen, bei denen Vertreter der Firma Schent und Beamte der verkrachten Bank beteiligt waren. Auch Schmierzelder sollen gezahlt sein. Allgemein wird mit weiteren Verhaftungen gerechnet.

Die Arbeiterjugend Elbings veranstaltete letzten Sonntag eine Tagesstour nach Marienburg. Rund 130 Teilnehmer zogen in zwei Abteilungen, die erste um vier, die andere um fünf Uhr morgens, aus Elbing. Auf dem Gehöft der Zuderfabrik Mittelberg durften sie lagern und abtuchen. Mit Musik und Gesang ging es dann gemeinsam Marienburg zu. Unter der Führung des Oberschloßwärters wurde das Schloß besichtigt. Mit größtem Interesse lauschten die Jugendlichen den Erklärungen des Führers. Vorkauf befriedigt von dem Gehörten und Gesehenen, suchten die Ausflügler nach der Befichtigung das Arbeiter-Verkehrslokal auf. Hier wurde zunächst die Wagenfrage erledigt. Zur Unterhaltung und Belustigung der Zeit wurde noch gespielt und gebadet. Die Rückkehr erfolgte mit der Bahn.

Bürgermeister Dr. Jaenicke von Elbing war zur „Kommunalen Woche“ nach Düsseldorf gefahren. Auf dem Wege vom Bahnhof zum Hotel stieß das Automobil mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Jaenicke erlitt schwere Verletzungen und muß einige Wochen im Krankenhaus in Düsseldorf verbleiben.

In der Lake erkrankt der 19 Jahre alte Käsegehilfe Karsten aus Jungfer. Er sprang von einem Boot aus ins Wasser und geriet in eine tiefe Stelle. Als Hilfe nahte, war er bereits untergegangen.

Lebensmüde. In Baumgarth erhängte sich der 80 Jahre alte Besitzer Neumann. Der 86jährige frühere Gutsbesitzer Harnack tötete sich im Diakonissenhaus zu Marienburg durch Erschießen.

Danzig-Land

Leichensfund. Das Haff warj die Leiche des jungen Kosowski, der vor acht Tagen über Bord eines Kutters fiel und erkrankt, bei Kahlberg an den Strand.

Stuhm-Marienwerder

Der Christburger Bürgermeister bleibt verurteilt. Die Strafkammer in Elbing verurteilte im Dezember vorigen Jahres den Bürgermeister Hoffstein aus Christburg wegen Verletzung seiner Amtspflichten zu 50 Mark Strafe. Hoffstein mußte als Bürgermeister die Verwaltungsgeschäfte des Krankenhauses leiten. Am 20. Oktober 1912 richtete er an den Kreisaußschuß der Stadt Christburg ein Schreiben mit der Bitte um einen möglichst hohen Beitrag zu den Unterhaltungskosten des Krankenhauses. Als der Kreisaußschuß einen Nachweis hierfür verlangte, ließ H. durch die Krankenschwester einen Auszug aus dem Krankenbuch machen und reichte dem Kreisaußschuß eine Aufstellung ein. Bei dieser Aufstellung soll H. eine Mehrforderung von 1000 Mark erhoben haben, welche Summe die Stadt Christburg auch bezahlt haben würde, wenn sie nicht zuvor noch die Unrichtigkeit der Aufstellung entdeckt hätte. Das Reichsgericht, an das sich Bürgermeister Hoffstein behufs Aufhebung des Urteils gewandt hatte, da er zeitweise geistig nicht ganz zurechnungsfähig sei und deshalb nicht das Bewußtsein gehabt habe, den Kreisaußschuß zu schädigen, verwarf dieser Tage seine Revision.

Der Abendzug tötete das ein Jahr und acht Monate alte Kind des Anstiebers Böttcher aus Hendemühle. Um seinen älteren Geschwistern zu folgen, die das Geleise bereits überschritten hatten, verlor er den Bahnstamm zu überschreiten. Dabei erhielt das Kind vom Trittbrett eines heranfahrenden Zuges einen Schlag vor dem Kopf, der den Tod sofort herbeiführte.

Bei einem Einbruch in die Wohnung des Gerichtsvollziehers König in Stuhm erbeuteten Diebe Schmuckstücken und circa 55 Mark Bargeld.

Graudenz-Strasburg

Zelchen der „Kultur“. In Graudenz wurde Mittwoch morgen die 46 Jahre alte Rentiersfrau Luise Haß aus Marienwerder hingerichtet.

Spätere Enkel werden mit Verachtung von tiefer widerlichen Art „Sühne“ hören. Unsere „Kulturträger“ haben gar keine Veranlassung vom finstern Mittelalter zu sprechen. Die Höhe des Mittelalters ist in unsere „moderne“ Zeit gerettet. Alle edlen Menschen sind Gegner der Todesstrafe.

Selbstmord durch Erhängen verübte der Arbeiter Rechenberg aus Graudenz. Familienstreit ist die Ursache der Tat.

Beim Baden in der Weichsel erkrankt der Maurerlehrling Trotschewski aus Graudenz. Der des Schwimmens Unkundige geriet in eine tiefe Stelle und wurde vom Strom mitgerissen.

Thorn-Rulm-Briesen

Vom Thorer Schwurgericht wurde im Verlaufe der bisherigen Verhandlungen der Arbeiter Johann Wiesniewski aus Rulm wegen Mordtats und Nötigung zu fünf Jahren und zwei Wochen Zuchthaus verurteilt. Er hatte eine 65jährige Frau vergewaltigt und unter Todesdrohungen daran zu hindern gesucht, daß sie sogleich den Weg nach ihrem Heimatdorf einschlug.

Wegen Kindesmordes erhielt das Dienstmädchen Franziska Chojnack zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis. Bei beiden Verhandlungen war die Öffentlichkeit ausgeschlossen und beide Verurteilte haben sich bei dem Urteil beruhigt. Für diese Schwurgerichtsperiode sind acht Verhandlungstage vorgesehen, in welchen zwölf Strafsachen erledigt werden sollen. Das Schwurgericht setzt sich wie üblich aus Alttergutspächtern und Besitzern, Fabrikanten, einem Postdirektor und sonstigen Angehörigen der Bourgeois zusammen. Einen Arbeiter sucht man vergeblich unter den Geschworenen.

Befähigungsnachweis für Lehrlinge. Vor einiger Zeit hielt die Ortsgruppe Thorn des Bundes der Handwerker eine Versammlung ab. In dieser zeigte sich wieder einmal, daß die Kräfte ein wenig nicht erwinden können, daß sie den Lehrlingen ein paar Stunden in der Woche zur Erweiterung ihrer ohnehin schon nicht allzu großen Bildung frei geben sollen. Eine ganze Anzahl Unternehmer brachte das zum Ausdruck. Der eine verlangte sogar eine Vorschule, in welcher der angehende Lehrling sich in ein oder zwei Jahren ein Befähigungszugnis erwerben muß, das ihn zum Eintritt in die Lehr- bei einem dieser Ethen berechtigt. — Würde man die Anzahl der Religionsstunden im Stundenplan der Volksschulen nur der Anzahl in den höheren Schulen gleich stellen, so würde in den acht Jahren, die ein Volksschüler in die Schule zu gehen hat, wohl mehr als ein Jahr für Lehrstoff gewonnen werden, den der Schüler im praktischen Leben besser brauchen kann als gerade die Religion. Daran freilich denkt unter den Handwerkern niemand.

Militärunkfälle in Thorn. Erst jetzt gelangt es zur Kenntnis der Öffentlichkeit, daß in der vorigen Woche ein Soldat vom Infanterie-Regiment Nr. 176 beim Reinigen eines Revolvers, der ihm von einem Feldwebel übergeben worden war, tödlich verlegt wurde.

Ein Soldat der Bespannungsabteilung wurde durch den Hufschlag eines Pferdes so schwer verlegt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Ein Opfer der Mader. In Rulm wurde der Militärwalde Paul Zemba von religiösem Wahnsinn befallen. Nachdem er in der katholischen Kirche an mehreren Gegenständen Beschädigungen verursacht hatte, gelang es, den Kranken festzunehmen und ihn in eine Irrenanstalt überzuführen.

Ein kapitalistisches Verbrechen

Unter vorstehender Ueberschrift ging vor mehreren Wochen eine Meldung durch die Presse, nach der der Petit Parafian über eine unglaubliche Kohort eines deutschen Ingenieurs beim Bau der Bagdadbahn berichtete. Dieser Ingenieur sollte eine Lokomotive, mit vollster Absicht zu töten, in eine Schar kurdischer Arbeiter hinein fahren lassen. Wir glauben nicht, daß ein Mensch so bestialisch sein könne und fragten deswegen direkt in Aleppo an. Nach dem Bericht, den wir nun erhielten, müssen wir erklären: die dort von den Deutschen verübten Verbrechen sind noch viel brutaler als gemeldet wurde. Sie sind so schrecklich, daß wir nicht in Worte fassen, unser Gefühl darüber mit Worten auszudrücken. Doch lassen wir unsern Berichterstatter sprechen. Er schreibt: „Am 18. März erschlug ein betrunkenen Europäer einen eingeborenen Brückenwächter mit dem Gewehrkolben. Warum? Es ist für jedermann verboten, die über den Euphrat führende Transportbrücke des Rachtis zu betreten. Um das Betreten zu verhindern, sind einheimische Brückenwächter bestellt. Der betreffende Wächter machte den Europäer in der höflichsten Form auf das Verbot aufmerksam; dafür wurde er erschlagen. Selbstverständlich regten sich die kurdischen Landsleute des Erschlagenen darüber auf. Dazu kam dann die schon vorhandene Erregung wegen der fortgesetzten brutalen Behandlung der Eingeborenen durch die deutschen Aufseher und Ingenieure. Der regelmäßige Zahlung soll jeden Monat sein. Am 18. März hatten die Arbeiter noch kein Geld für die im Monat Februar geleistete Arbeit. Als sie wegen einer Abschlagszahlung einzeln vorstellig wurden, erhielten viele statt des Geldes Peitschenhiebe. Andere mußten gar mit ansehen, wie ihre Dorfgemeinden beim geringsten Wortwechsel niedergeschossen wurden. Endlich kam am 20. März der erste Zahlungstag. Mit wirklicher Lammesgeduld hatten die angeblich so rachsüchtigen kurdischen Arbeiter gewartet. Versprochen hatte man ihnen bei der Anwerbung einen Lohn von 10 bis 15 Halepiaster = 1,44 bis 2,16 Mark pro Tag. Am Zahlungstag erhielten sie 5 bis 8 Halepiaster = 72 Pf. bis 1,12 Mark. Die große Bahnbaugesellschaft, die in Deutschland sehr prominente Leute angehört, beging also an diesen kurdischen Arbeitern einen ganz gemeinen Betrug. Durch den natürlichen die Aufregung der Kurden vermehrt wurde. Es entstand vor dem Bureau der Gesellschaft Lärm. Einige Arbeiter wollten im Bureau mit dem Ingenieur über die Sache reden. Der Ingenieur Hoffmann glaubte sich durch dies Ansuchen bedroht; mit dem Revolver in der Faust stürzte er vor die Tür und feuerte drauf los. Wieviele von den Kurden er getroffen hat, wurde nicht festgestellt. Die unbewaffneten Kurden wollten nun über die Euphratbrücke gehen, um zu ihren Wohnungen auf die andere Seite des Stromes zu gelangen. Dies sah der Ingenieur Dellingshausen, dessen Revolver sich gleichfalls auf der andern Seite befindet. Dieser soll nun auf eine Lokomotive gesprungen und direkt in den dichtgedrängten Haufen der Kurden hineingefahren sein. Einige warfen sich auf das Geleise, um den Ingenieur zum Halten zu veranlassen.

Es half ihnen nichts, die Maschine nahm ihren Weg über ihre Leichen. Von den andern mußten alle, die nicht überfahren werden wollten, von der Brücke springen. In dem reißenden Strom konnte es nur sehr guten Schwimmern gelingen, sich zu retten. Wie viele von den Kurden ertrunken sind, war schwer festzustellen und wurde auch vielleicht mit Absicht nicht festgestellt. Das war der Beginn der Karamalle. Nun verlangte die Bauleitung Militär. Am gleichen Tage traf eine Abteilung Gendarmerie auf dem Schlachtfeld ein. Diese ging nun anstatt gegen die deutschen Ingenieure gemeinsam mit den schon anwesenden Gendarmen und der Magazinfleuretwehr gegen die Kurden vor. Diese hatten aber inzwischen ebenfalls Verstärkung erhalten. Von den beiden Seiten wurde förmlich kriegsmäßig verfahren. Die Deutschen besetzten die Brücke mit Lokomotiven, so daß die Passage gesperrt war; trotzdem wurden fast alle Baracken und sonstigen Wohnstätten der Curonäer demoliert. Am Sektionsgebäude blieben nur wenige Türen und Fenster ganz. Bei den Kämpfen wurden auch viele Europäer verletzt. Der Anführer des ganzen Tumults, Ingenieur Hoffmann, erhielt neben andern Verletzungen zwei Streifschüsse. Er wäre auch getötet worden, wenn nicht ein sechzigjähriger österreichischer Zimmermann den Artillerie, der Hoffmann den Schädel spalten sollte, aufgefangen hätte. Dafür mußte leider der Zimmermann selbst sein Leben lassen, da das Beil ihm den Schädel spaltete. Die Kämpfe dauerten drei Tage. Es ist zu vermindern, daß nicht mehr Europäer getötet wurden; von den Kurden wurden insgesamt 86 Mann getötet. Viele wurden schwer und leicht verletzt. Nicht mitgerechnet sind die von der Maschine überfahrenen und im Euphrat ertrunkenen Kurden. Am dritten Kampftage traf von Aleppo ein Extrazug mit Militär ein, das zwei Maschinengewehre mit sich führte. Endlich gelang es nun, die Kurden zu besiegen. Der deutsche Konsul und der Wali (türkische Regierungspräsident) von Aleppo waren mit dem Zuge gekommen. Am nächsten Tage kehrten die beiden Beamten zurück. Die schuldigen Ingenieure wurden scheinend verhaftet und mitgenommen. In Aleppo wurden sie wieder freigelassen und konnten abreisen. Vorläufig scheint die Ruhe wieder hergestellt. Wenn aber die Schikanierung und Mißhandlung der Arbeiter nicht aufhört, und wenn der versprochene Lohn nicht gezahlt wird, dann werden in kurzer Zeit schlimmere Kämpfe ausbrechen.

Einige Wochen vor diesen Kämpfen ereignete sich ein Vorfall, der viel zur Erbitterung der Kurden beigetragen haben dürfte. Ein arabischer Häuptling hat an die Bahnbaugesellschaft ein Grundstück verkauft, aber noch kein Geld dafür bekommen. Nachdem er einige Male gemahnt hatte, ward er ungeduldig und erschien mit seinen männlichen Stammesmitgliedern hoch zu Ross, um sein Geld zu holen. Er traf den Ingenieur Kunzel, mit dem er über die Sache sprach. Dieser erklärte, er wolle ihm das Geld gleich geben. Statt des Geldes holte sich Kunzel eine Anzahl Ingenieure und Kawaffen (türkische Polizisten) zu Hilfe. Als er zurückkam, rief Kunzel, der ein Kiese ist, den Häuptling vom Pferde und ließ ihn vor den Augen seiner Stammesgenossen zunächst durchprügeln und dann ein-

sperrten. Die Leute des Häuptlings flohen vor Schreck über diese brutale Handlungsweise. — Vor kurzem ereignete sich ein schwerer Unfall in dem Steinbruch, der das Stehmaterial für die Brücke liefert. Zum Sprengen der Felsmassen verwendete man eine überstarke Dynamitladung, so daß durch unversehrte Gesteinstrümmen zwölf eingeborene Arbeiter getötet und viele verletzt wurden, obwohl sie weit von der Sprengstelle entfernt waren. An den Tunnelbauten auf der Strecke Aleppo-Mana kommen fast fortgesetzt schwere Unfälle vor. Im letzten Winter explodierte ein Dynamitbehälter. Bei der Explosion wurden mehr als 20 Mann getötet. Genaue Feststellungen wurden nicht gemacht. Täglich sind eine erhebliche Anzahl schwerer Verletzungen zu verzeichnen. Auch sonst wird keine Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter genommen. Die Tunnelstrecken stehen nach einer Sprengung stundenlang voller Lärm, weil die Firma einige hundert Mark für Luftzuleitungsrohre sparen möchte. Für die Tunnelbauten hat die Firma einige Kolonnen italienische Mineure angeworben, denen man bei der Anwerbung 50 Piafter (7,20 Mark) pro Tag versprach. Am ersten Zahlungstag erhielten sie statt dessen nur 38 Piafter. Darauf sind mehrere Kolonnen wieder abgereist. Die Bauleitung hat nun an deren Stelle südlawische Mineure bekommen lassen; jedenfalls will sie versuchen, ob diese sich leichter betätigen lassen. Es sind auch einige deutsche Maurer und Zimmerer an den Eisenbahnbauten beschäftigt gewesen. Diese klagen gleichfalls über die Arroganz und die Raschawirtschaft der deutschen Ingenieure, die nach und nach jene Umgangsformen, deren sie sich gegenüber den Eingeborenen bedienen, auch gegenüber den europäischen Arbeitern anwenden. Dabei sind diese „gebildeten“ Herren von einer ganz merkwürdigen beruflichen Qualität. So ist zum Beispiel ein Bauführer hier, der jedesmal Selbstmordgedanken bekommt, wenn er ein kleines Gebäude an der Strecke anlegen soll. Es gehen ihm nämlich alle praktischen und theoretischen Kenntnisse ab. Dann sind die Arbeiter gut genug zum Helfen. Er ist in Wirklichkeit ein protegiertes Bauer. Nebenfalls sind die Verhältnisse so, daß alle Arbeiter vor Arbeitsannahme an der Bagdadbahn gewarnt werden müssen.“

Wir können uns der Warnung unseres Berichterstatters nur anschließen. Dann möchten wir aber die deutsche Öffentlichkeit daran erinnern, daß sie sich anlässlich der Putumangogreuel mit Recht sehr entrüstete. Wird sie sich auch in dieser ihrer eigenen Angelegenheit entrüsten oder ist sie der Meinung, daß im Profitinteresse der „deutschen“ Kapitalisten jede Bestialität erlaubt sei. Daß die deutschen Behörden keinen Finger rühren werden, um eine Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen, ist selbstverständlich, denn es sind ja keine streikenden Arbeiter. Die deutschen Arbeiter aber haben an diesem Verhalten ihrer „gebildeten“ Landsleute dort, wo diese glauben, sich ungestraft ausleben zu können, ein Beispiel, wie es ihnen im eigenen Lande ergehe, wenn die Unternehmer nicht den Widerstand und die Organisationen der Arbeiter fürchteten. An der Bagdadbahn blüht jene gewerbliche Freiheit, die die deutschen Unternehmer ersehnen. (Aus dem Grundstein.)

Tischlerkräft in Rulmsee. Die hiesigen Tischlergesellen haben am Montag den 15. d. Mts. sämtlich die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer weigerten sich, die Forderungen der Gesellen anzuerkennen, und lehnten ebenso jegliche Verhandlungen mit den Vertretern der Gesellen ab. Dieses Verhalten ist umso unverständlicher, als die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Tischlergewerbe in Rulmsee die denkbar schlechtesten sind. Während in den Städten Thorn und Graudenz die Arbeitszeit bereits auf 9½ Stunden und darunter verlegt worden ist, glauben die Herren in Rulmsee noch an der 11stündigen Arbeitszeit festhalten zu müssen. Natürlich richtet sich der ganze Haß der Meister gegen die Organisation der Gesellen, den Deutschen Holzarbeiterverband. Dem letzteren wird diese Feindschaft freilich nichts schaden; ist er doch schon mit anderen Gegnern fertig geworden. Die Kollegen haben es in der Hand, durch weiteres einmütiges Handeln den Erfolg herbeizuführen. Wir erlauben überall den Auszug von Tischlergesellen nach Rulmsee fernzuhalten.

Die erste Generalversammlung der „Volksfürsorge“

trat am Sonntag den 13. Juni 1914 im Gewerkschaftshaus in Hamburg zusammen. Den Geschäftsbericht für das erste Geschäftsjahr (1. Juli bis 31. Dezember 1913) erstattete das geschäftsführende Vorstandsmitglied A. v. Elm an der Hand des gedruckt vorliegenden Geschäftsberichts. Demselben ist zu entnehmen, daß in der genannten Zeit insgesamt 74 746 Anträge mit einer Versicherungssumme von 13 797 416 Mark eingegangen waren. Abgeschlossen wurden davon bis zum Ende des Berichtsjahres 70 401 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 12 952 280 Mark. Abgelehnt oder zurückgezogen wurden 246 Anträge mit 105 618 Mark Versicherungssumme. 4099 Anträge mit einer Versicherungssumme von 739 517 Mark wurden als unerledigt in das Geschäftsjahr 1914 übernommen. Von den Sparbeiträge erlangten 3106 Anträge mit einer Prämiensumme von 27 085 und einer Versicherungssumme von 42 783 Mark zur Gutschrift.

Die Prämienentnahme betrug insgesamt 1 080 492 Mark, die Einnahme an Zinsen 25 126 Mark. Unter den 64 durch Tod abgegangenen Versicherten waren zwei, deren Tod auf einen Unfall zurückzuführen war; in beiden Fällen wurde die volle Versicherung gezahlt. Der Sterblichkeitsgewinn beträgt 18 320 Mark. Wie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung ergeben, beträgt der erzielte Uberschuß 66 066,22 Mark. Davon sind nach den Vorschriften des Gesellschaftsvertrages dem gesetzlich vorgeschriebenen Reservefonds mindestens 5 Prozent gleich 3303,31 Mark zuzuführen; zum Kriegsreservefonds, für besondere Reserven und zur Auffüllung des Reservefonds werden ebenfalls je 5 Prozent überwiesen, so daß noch ein Uberschuß von 52 852,98 Mark zur freien Verfügung steht.

Der Vorstand schlug der Generalversammlung vor, für dieses Geschäftsjahr die vorgesehene Verzinsung des Aktienkapitals nicht eintreten zu lassen, dafür aber der Gewinnreserve der Versicherten 48 300,46 Mark als Gewinnanteile den Versicherten zu überwiesen und den Rest von 4552,02 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Die Bilanz ist beim Kaiserlichen Aufsichtsamt vorgelegt, daselbst hat keine Einwendungen dagegen; v. Elm erlucht die Generalversammlung, die vorgelegte Bilanz zu genehmigen.

Der Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat wird einstimmig zugestimmt. Seiler-Ludwigshafen fragt an, ob an der in der Presse vielfach auftretenden Behauptung, die sozialdemokratische Partei sei an der „Volksfürsorge“ beteiligt, etwas Wahres sei.

Darauf erklärte der Vorsitzende Bauer-Berlin, daß diese Behauptungen der Wahrheit nicht entsprechen. Die sämtlichen Aktien seien in Händen gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Korporationen und können nur unter Zustimmung von Vorstand und Aufsichtsrat auf andere übertragen werden. Die sozialdemokratische Partei könne sonach keine Aktien haben und habe keine, sie sei weder finanziell, noch in anderer Weise an der „Volksfürsorge“ beteiligt. Wenn einzelne Behauptungen darauf Bezug nehmen, daß Herr Ebert Mitglied des Aufsichtsrats sei, so ist demgegenüber festzustellen, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Herrn Ebert nicht in seiner Eigenschaft als Mitglied des Parteivorstandes, sondern aus persönlichen Gründen in seiner Eigenschaft als Mitglied seiner Gewerkschaft in den Aufsichtsrat der „Volksfürsorge“ delegiert habe.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: „Beschlüßfassung über die Verwendung des Uberschusses“ beantragten Vorstand und Aufsichtsrat:

Für das Geschäftsjahr 1913 tritt eine Verzinsung des Aktienkapitals nicht ein; dafür werden der Gewinnreserve der Versicherten 48 300,96 Mark (5 Prozent der 966 019,20 Mark betragenden Jahresprämie) der mit Gewinnbeteiligung Versicherten überwiesen und der Rest von 4552,02 Mark als Vortrag auf neue Rechnung genommen.

Diesem Antrage stimmten alle Aktionäre einmütig zu. Gewerkschaften und Genossenschaften verzichteten sonach auf die ihnen zustehende Verzinsung des eingezahlten Garantiekapitals und erwiderten ferner, daß den Versicherten schon für die ersten sechs Monate ein neuwertiger Gewinn gutgeschrieben werden kann und so den praktischen Beweis liefert, daß es sich bei der Schaffung der „Volksfürsorge“ nur um die Erfüllung einer wirklich gemeinnützigen Institution handelte.

Ohne Widerspruch wurde hierauf eine redaktionelle Änderung des § 23 des Gesellschaftsvertrages beschlossen, wonach derselbe jetzt lautet:

„Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben Anspruch auf den Erlaß ihrer in Ausübung ihres Amtes gemachten Aussagen. Ferner wird dem gesamten Aufsichtsrat eine Ver-

gütung gezahlt, die pro Jahr zwölf mal 250 Mark beträgt, als er Mitglied besitzt. Ueber die Verteilung dieser Summe an die einzelnen Mitglieder beschließt der Aufsichtsrat selbst.“ Für das Geschäftsjahr 1913 verzichteten die Mitglieder des Aufsichtsrats auf die ihnen zustehende Vergütung zugunsten der Versicherten.

Da der Vorstand der „Volksfürsorge“ beim Bundesrat die Anerkennung des gemeinnützigen Charakters der „Volksfürsorge“ beantragt hat, schlägt er vor, die seitens der Behörden gewünschte und schon bei Gründung der „Volksfürsorge“ seitens der Gründer als selbstverständlich erachtete Bestimmung über die Verwendung des Bestandes bei event. Auflösung der Gesellschaft in den Gesellschaftsvertrag als neuen § 38 in folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„Im Fall der Liquidation ist nach Tilgung oder Sicherstellung aller Verbindlichkeiten, insbesondere derjenigen aus laufenden Versicherungsverträgen und Rückzahlung des Grundkapitals ein etwa verbleibender Uberschuß zur Rückzahlung des Organisationsfonds (§ 9), soweit erforderlich, zu verwenden.“

Ein etwaiger Rest ist im Interesse der im Zeitpunkt der Auflösung vorhandenen Versicherten durch Zuschläge zu den festgesetzten Versicherungssummen im Verhältnis zu der von ihnen eingezahlten Gesamtprämiensumme zu verwenden oder inländischen Gesellschaften und Genossenschaften zuzuwenden, welche vom Bundesrat gemäß der Befehlsvorschrift zu Tarifnummer 1Aa, b, c des Reichsstempelegesetzes vom 3. Juli 1913 (Reichs-Gesetzblatt Seite 544) als gemeinnützig anerkannt sind.

Ueber die Art der Verwendung im Sinne dieser Vorschrift beschließt die Generalversammlung.

Sämtliche Aktionäre stimmten dem Antrage zu. — Bei der hierauf folgenden Wahl des Aufsichtsrates wurden die bisherigen Mitglieder einstimmig wiedergewählt. Es sind das: Gustav Bauer (Berlin), Fritz Ebert (Berlin), Theodor Leipart (Berlin), Alex. Schläge (Stuttgart), Julius Fräßdorf (Dresden), Paul Hoffmann (Magdeburg), Rudolf Junger (Berlin), Dr. August Müller (Hamburg); als Ersatzmänner: Robert Schmidt, Gustav Eiler (Berlin), Adolf Seifert und Paul Turnau (Homburg). In der sich anschließenden Sitzung des neu gewählten Aufsichtsrates wurde der jetzige Vorstand bestätigt. Derselbe besteht aus Adolf v. Elm, Friedrich Lesche als geschäftsführendem und Heinrich Kaufmann, Heinrich Lorenz, Fritz Raepfow und Heinrich Wentker als ehrenamtlichen Mitgliedern.

Das Parlament der organisierten Konsumenten

11. Ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

Ob. Bremen, 14. Juni.

Die Eröffnung.

Der Genossenschaftstag trat heute nach 6 Uhr abends in seinem mit Fahnen und Bannern reich geschmückten Kongresslokal, der Zentralthalle, zusammen. Anwesend sind etwa 850 Delegierte. Die ausländischen Genossenschaftsverbände haben eine Reihe von Vertretern entsandt. Nachdem der Arbeitergesangverein Bremen den Genossenschaftstag mit den Chören „Die Sonn' erwacht“ aus Webers „Preziosa“ und „Wald graut der Tag, den Morgen zu verkünden“ aus Mozarts „Zauberflöte“ begrüßt hatte, — seine vereinigten Männer-, Frauen- und Kinderchöre brachten die Gesänge unter der Leitung des Dirigenten Böse außerordentlich wirksam zum Vortrag — erklärte im Namen des Vorstandes und Ausschusses des Zentralverbandes Konrad Barth-München den Genossenschaftstag für eröffnet. Er teilte mit, daß der Reichsfanzler auf die Einladung geantwortet hat, daß die Geschäfte leider eine Delegation nicht gestatteten. (Zuruf: Natürlich!) Dagegen hat der Senat von Bremen den Syndikus Dr. Kapp zu den Verhandlungen entsandt. (Bravo!)

Thierfelder-Bremen hieß dann die Erschienenen im Namen der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ und ihrer Träger, der organisierten Arbeiter Bremens, herzlich willkommen. Einen Vertreter der liberalen Bürgerschaft werden Sie hier nicht begrüßen, denn das Bürgerium ist der Meinung, daß hier doch bloß eine sozialdemokratische Veranstaltung tage, dagegen hat die Bürgerschaft beschlossen, einen Delegierten zum Deutschen Schornsteinfegerverbandstag zu entsenden, der morgen hier zusammentritt. Der Redner würdigt dann die Bedeutung Bremens für den Handel und die Industrie und gibt einen Abriss der sehr interessanten Geschichte der Bremer Konsumvereinsbewegung.

Darauf folgen die Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten. Sie alle bringen die besten Wünsche ihrer Genossenschaften zum Ausdruck und geben einen Ueberblick über den Stand der Genossenschaftsbewegung in ihrem Lande. Besonders bemerkenswert war die Entschiedenheit, mit der die englischen Delegierten betonten, daß die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter und ihre internationale Verbindung der Völkerverheerung entgegenwirke. In den Begrüßungsworten der finnländischen Delegation wurde der schwierigen politischen Verhältnisse gedacht, unter denen Finnland leidet. Die finnländischen Richter sitzen im Gefängnis, weil sie den Befehlen ihres Landes treu sind. Trotz allem politischen Druck aber schreitet die finnische Genossenschaftsbewegung unaufhaltsam fort. Erst 1901 wurde ein Genossenschaftsgesetz erlassen, das die Gründung von Konsumvereinen in Finnland ermöglichte, 1913 aber bestanden schon 427 Konsumvereine mit 115 000 Mitgliedern in einem Lande, das 3 Millionen Einwohner hat. Die finnischen Konsumvereine hatten 1913 einen Umsatz von 70 Millionen finnischer Mark, die finnische Großhandels-gesellschaft einen Umsatz von 23 Millionen finnischer Mark. Je schwerer der politische Druck auf den Massen lastet, desto lebhafter regen sich die Arbeiter auf ökonomischem Gebiet. — Dr. Karl Renner-Wien bedauerte, diesmal nicht so günstigen Bericht aus Oesterreich geben zu können, wie voriges Mal. Die österreichische Konsumentenbewegung ist zwar nicht zurückgegangen, aber sie wurde in ihrem Fortschritt gewaltig

gehemmt durch die Kriegsgefahr und die Geldkrise. — Im Namen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands sprach Paul Bremer. Seit nahezu einem Jahrzehnt besteht zwischen den Zentralen der deutschen Genossenschaften und Gewerkschaften ein Zusammenwirken, das sich keineswegs auf die gegenseitige Beschickung von Kongressen beschränkt, sondern bereits eine ganze Reihe positiver Erfolge für beide Teile erzielt hat. Wir haben Vereinbarungen für die Behandlung der uns gleichmäßig interessierenden Fragen abgeschlossen, die Arbeitsverhältnisse einer ganzen Reihe von Angestellten und Arbeitern der Konsumvereine und der genossenschaftlichen Eigenproduktion tariflich geregelt, wir haben ein Tarifamt geschaffen und für die Befundung der Volksversicherung die „Volksfürsorge“ errichtet, die berufen sein wird, das Bündnis zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften für alle Dauer zu befestigen. Wir hoffen, daß es auf dieser Bahn gemeinsamen Wirkens keinen Halt geben wird. Noch viele große Aufgaben auf den Gebieten des Versicherungswesens, der Anlegung von Arbeiterersparnissen und Organisationsgebühren, der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, der Schaffung von Bildungsstätten, Speisehäusern, Erholungsheimen und Volksparks sind vorhanden, die von der vereinigten Kraft der großen Kulturbewegung des arbeitenden Volkes ihrer Lösung harren; diese Aufgaben mahnen uns immer aufs neue daran, auch künftig einig zu sein. (Stürmischer Beifall.) Gewerkschaften und Genossenschaften sind dem gleichen Boden entsprungen. Beide Bewegungen werden von den Fabrikanten und Händlern mit Haß, von den Behörden mit Schikanen, von der Gesetzgebung mit Entrechtung bedroht. Und doch haben Gewerkschaften und Genossenschaften so Großes für die Gesellschaft, für die Befundung und Hebung der Arbeiter als Gütererzeuger und Güterverbraucher, als Staatsbürger und Steuerzahler getan, mehr als ihre gesamten Gegner zusammen. (Stürmischer Beifall.) Sie haben aus dem Deutschland als Auswanderungsland ein Deutschland als Werkstatte der Nationen gemacht, sie haben den Arbeitern die Sonne des Vaterlandes zurückerobert und sie zur Mitarbeit in der Gemeinde und im Staat erzogen; sie haben gesunde Lebensbedingungen für Millionen geschaffen und der Gesellschaft neue Wege gezeigt, um weitere Millionen der Not zu entreißen. Wenn das unser Verbrechen ist, so tragen wir mit Stolz die gemeinsame Schuld, die uns für kommende Geschlechter der schönste Ehrentitel sein wird. (Stürmischer Beifall.) Es gibt keinen Gegensatz zwischen den Arbeitern als Produzenten und Konsumenten, ich erkläre das auch in bezug auf die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen und in der Eigenproduktion, die wiederholt Erörterungen ausgelöst haben. Diese Debatten sind aber lediglich aus ungenügender Regelung der Formen des Zusammenwirkens, aus Mangel an Klarstellung der Rechte und Pflichten aller Faktoren in den genossenschaftlichen Arbeitsbetrieben entstanden. Die Gewerkschaften denken nicht im entferntesten daran, in den Genossenschaften und ihrer Eigenproduktion die Produzenten über die Konsumenteninteressen zu stellen, und die Entwicklung der Genossenschaften und ihrer Eigenproduktion hindern zu wollen. Die Gewerkschaften mögen manchmal Forderungen aufstellen, die sie mit schweren Sorgen erfüllen, aber sie haben in der Regel ernstlichen Vorhaltungen über die Grenzen der Zuständigkeiten sich gefügt, und auch die gegenwärtigen Tarifverhandlungen, so dramatisch sie sich am Anfang ausnahmen, sind zu beiderseitigem Vorteil friedlich beendet worden. Ich darf dies als Beweis dafür bezeichnen, daß auf beiden Seiten die Notwendigkeit friedlichen solidarischen Zusammenwirkens klar erkannt ist; wo der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist, da findet sich auch allezeit ein Weg. Sorgen Sie dafür, daß auch in Zukunft immer im rechten Moment das rechte Wort zur Verständigung erfolgt. Daß Probleme, die hier und da noch Zwistigkeiten auslösen, in beiderseitigem Interesse geregelt, und daß die großen Aufgaben, die unserer harren, auf beiden Seiten durch freudige Hingabe zur vernünftigen Lösung geführt werden. Das erfordert das Gesamtwohl des arbeitenden Volkes. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Darauf berichtete Lorenz über den Internationalen Genossenschaftsbund, dem 8 Millionen Mitglieder, also 30 bis 40 Millionen Menschen, angeschlossen sind. Er sprach dann über den Glasgower Kongress, demgegenüber ein ganz anderes Verhalten der Behörden zutage trat, als gegenüber dem Deutschen Genossenschaftstag. Der Internationale Genossenschaftsbund muß die richtigen Grundsätze befolgen, wie sie in der Hamburger Resolution niedergelegt sind, nämlich er muß antikapitalistisch sein, die Organisationen der Konsumenten umfassen, zur Eigenproduktion führen und sein Ziel muß die Hebung des geistigen und materiellen Wohls des arbeitenden Volkes sein. Darauf wurde die Vorversammlung geschlossen. Die tatsächlichen Verhandlungen beginnen Montag früh.

Die Wohnungsnot auch eine Frauenfrage

Größer und größer wird die Wohnungsnot unserer Lage. Die Vermieter steigern und steigern und der Mieter muß bange sein, auf die Suche nach einer neuen Wohnung zu gehen, da er befürchten muß, keine zu bekommen. Besonders trifft das auf die Familien mit kleinen Kindern zu. In früheren Zeiten, wo noch mehr Luft und Platz um die wenn auch schlechten Wohnungen war, hatten auch Mieter mit vielen Kindern weniger Last, eine Wohnung zu bekommen, heute brauchen nur einige Kinder da zu sein, und das „Bedauern“ geht bei vielen Vermietern los. Wirklich eine nette Kennzeichnung der Redensart vom Kinder„legen“!

Von der Wohnungsnot werden besonders die Frauen betroffen. Die Arbeiterfrau muß von früh bis spät in der Wohnung wirtschaften, sie ist in einer anderen Lage wie jener Mann, der nach einer Mitteilung Raumanns auf der Eisenbahn zu einem andern sagte: „Weißt du, ich bin bei meiner Frau eigentlich nur zu Gast!“ Die Frau muß aushalten, ob auch alles um sie her eng und drückend ist, ob sie auch nicht weiß, wie sie den Kindern, die ihre Schulaufgaben machen

wollen und sollen, den nötigen Platz verschafft. Werden die „Schulachen“ dann unordentlich, so heißt es wohl in der Schule: „Du bist faul gewesen!“, während die Ursachen tiefer liegen. Mit Recht wies Raumann in einem Vortrag auf dem 6. Verbandstag der Deutschen Mietervereine darauf hin, daß heute die Wohnung die Welt der Frau des armen Volkes ist. Es hieß in der Rede des früheren Pastors: „Gewiß, es gibt schöne Reden über die Frau in ihren vier Wänden und über die Kunst der weiblichen Zauberei, die die kleinste Hütte zum Paradiese macht usw. Ja, ja, wie deine Welt ist, so bist du, und hast du die enge Welt, so kannst du ja nicht anders sein, wie der Vogel in einem Käfig, der nicht fliegen kann. Die Frauen! Ich sehe sie ja oft genug, weil ich selbst nach einem Hofe wohne, wo eine Masse, Masse Frauen beieinander wohnen. Da sitzt die eine über der andern, die eine neben der andern, jede hat ihr kleines bißchen Egoismus. Ich will auch nicht sagen, daß es reine Armut ist, aber es ist die absolute Engigkeit des Sich-nicht-ausdehnen-Könnens, und da läuft nun so ein Leben hin, eine Frau, die die Erzieherin der Kinder ist und eigentlich über nichts zu verfügen hat, als über ein Zimmer. Denken Sie an die Breslauer Verhältnisse, 41 Prozent Frauen, deren ganzer Herrschaftsbereich ein Zimmer ist, welche Willensbildung wollen Sie denn überhaupt bei diesen Frauen erwarten? Dann schilt man, daß die Frau unentwickelt sei. Ja Wohnung! Ein großer Teil der Frauenfrage ist: Wie weit ist der Raum, in dem sich die Frau ausdehnen kann? Ich habe immer gefunden, daß Frauen, die ein ordentliches weites Haus zur Verfügung haben, sich dabei eine ganz hübsche Selbstständigkeit angewöhnen konnten und durchaus nicht von Natur die gebrochenen Wesen waren, wie sie in der Literatur zu finden sind. Aber ich habe gefunden, dort, wo kein Ausdehnungsleben ist, da entsteht dieser Typus Frauen, der keinen Willen hat, weil er sich nicht ausdehnen kann.“

An diesen Worten ist viel Wahres, darum haben auch die Frauen besonders Anlaß, sich um Dinge zu kümmern und an den Maßnahmen zur Abhilfe mitzuwirken. In einem Schriftchen „Die Wohnungsfrage“ (Heft 2 der Arbeitsgebiete der Frauenbewegung) kommt auch Anna Pappriß zu der Auffassung: „Die Wurzel des Übels ist die enorme Steigerung des Grund- und Bodenwertes durch Privatspekulanten. Professor Adolf Wagner hat bereits vor 30 Jahren darauf hingewiesen, daß es Pflicht der Städte sei, den Boden an der Stadtgrenze aufzukaufen, um ihn auf diese Weise der Privatspekulation zu entziehen und billiges Bauland zur Herstellung von Wohnungen für die ärmere Bevölkerung in der Hand zu behalten. Zu spät haben die Städte diesen, vom sozialen, wie vom ökonomischen Standpunkt aus gleich wichtigen Rat in seiner tiefgreifenden Bedeutung erkannt und befolgt — soweit dies überhaupt möglich war.“ Verlangt muß aber vor allem werden, daß die Städte auch selbst Arbeiterwohnungen bauen, und zwar in großem Umfange, damit es die Lage wirklich verändert. Und zwar sollen die Städte bauen, ohne damit eine Einnahme erzielen zu wollen, nur die Unkosten einschließlich der Kosten der Verwaltung sollen herausgebracht werden. Davon wollen aber alle kapitalistisch interessierten Magen und Sippen nichts wissen. All die Leute, die nach wie vor Einnahmen und Verzuwachsungen ohne eigene Arbeit haben wollen, wehren sich mit Klagen und Zähnen gegen die Beschneidung ihrer „wohlerworbenen Rechte“. Und bei dem heiligen Dreiklassenwahlrecht zu den Gemeindevertretungen haben die kapitalistischen Magen und Sippen fast überall das Szepter in der Hand. Soll es anders werden, dann muß in erster Linie eine gründliche Aenderung dieses Wahlverfahrens angestrebt, es muß das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Frauen und Männer auch in den Gemeinden erkämpft werden. Daran mitzuhelfen hat aber im Grunde keine bürgerliche Partei Lust, auch die Fortschrittspartei nicht. Es bleibt da nur die sozialdemokratische Partei übrig, nur sie ist gewillt, in wirksamer Weise den Schäden des Wohnungswesens zu Leibe zu gehen.

Mit dem Bau von Wohnungen durch Gemeinden hat England in umfassender Weise schon vor etwa 50 Jahren begonnen, in Deutschland sind die Städte immer noch leicht zu zählen, die in dieser Richtung vorgegangen sind. Wir nennen Freiburg, Ulm, Straßburg, Ebersfeld. Einige Städte haben Wohnungen ausschließlich für kinderreiche Familien erbaut, damit diese eine Zuflucht haben. Aber in fast allen Fällen, wo in Deutschland Gemeinden selbst Wohnungen für arme Leute gebaut haben, handelt es sich um kleine Zahlen, die die Dinge wenig beeinflussen können. Den „Rentenberechtigten“ aller Grade soll eben um Himmels willen nicht wehe getan werden.

So kommen denn Fälle vor, wie der aus Duisburg gemeldete, wo sich ein Vater von sieben Kindern von den Rädern eines Zuges zersehen ließ, weil es ihm der Kinder wegen unmöglich war, eine Wohnung zu bekommen!

Man denke auch an die Tatsache, daß die Wohnungen heute um so teurer bezahlt werden müssen, je weniger sie als Heim genügen können. Eine Wohnung von etwa sechs Zimmern ist, wenn man den Rauminhalt als Maßstab anlegt, verhältnismäßig viel billiger zu haben, als eine Wohnung von nur einem Zimmer oder von zwei Räumen. Auch hier ist es in unserer herrlichen Welt wieder so, wie der Dichter sagt:

Hast du viel, so wirst du bald noch viel mehr dazu bekommen. Wer nur wenig hat, dem wird auch das wenige genommen.

Nun schreibt alle Welt über die Schäden des Wohnungswesens, aber die schmerzlichen Mißstände bestehen weiter. Durch schöne Worte allein ändern sich die Dinge nicht. Wo in der von Klassen zerrissenen Gesellschaft verschiedene Interessen zusammenstoßen, muß durch Kampf entschieden werden. Auch die bessere Wohnung muß sich das arbeitende Volk wie alles andere von den Machthabern vor heute erkämpfen. In diesem notwendigen Kampf sollen und können die Frauen den Männern gute Genossen sein. Es handelt sich ja vor allem auch um die Frauen selbst und um ihre Kinder.

Gerichtliches

— **Agrarier und Anecht.** Das Schwurgericht Liegnitz, das einen Agrarier von der Anklage der körperlichen Mißhandlung mit Todesfolge bei einem Landarbeiter unter der Annahme von „Notwehr“ freisprach, beschuldigte sich am Tage darauf mit einem Anecht unter derselben Anklage. Dieser wurde zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, obwohl hier die Beschworenen mit viel größerem Recht hätten Notwehr annehmen können.

Dieser Anecht, ein Pole, griff, als er von den Deutschen in einem Tanzlokal beschimpft und bedroht wurde, zum Messer und stach einen Stellenbestitzer so, daß dieser nach 14 Tagen an der erlittenen Verletzung starb. Wir nehmen von dem Urteil nur deshalb Notiz, um nochmals darauf hinzuweisen, daß am Tage vorher vor demselben Schwurgericht ein Agrarier unter der gleichen Anklage stand, der aber von der fast nur aus Agrariern gebildeten Geschworenenschaft freigesprochen wurde.

— **Zum Kampf der Arbeiterturnvereine gegen Polizei und Staatsanwaltschaft.** Der Schlosser Wilhelm Henete zu Marienfelde war am 12. Juni vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof angeklagt, als Vorsteher des Vereins „Freie Turnerschaft in Berlin-Marienfelde“ die Teilnahme von Jugendlichen an den Turnübungen dieses Vereins gebührend zu haben. Henete, der durch Rechtsanwalt Wolfgang Heiné verteidigt wurde, bestritt, daß der Verein politisch wäre. Allerdings habe der Verein auf Verlangen der Polizei sein Statut und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder eingereicht, nachdem das Oberverwaltungsgericht sich auf den Standpunkt gestellt habe, jeder Verein, der dem Arbeiterturnbund angehöre, sei schon aus diesem Grunde politisch. In Wahrheit aber sei der Verein in Marienfelde nicht politisch und habe durch die Einreichung der Satzung auch keineswegs ein Zugeständnis politischer Tätigkeit abgeben wollen. Die Jugendlichen hätten nur an Turnübungen teilgenommen. Solche Turnübungen aber seien keine Versammlungen oder doch mindestens als gesellige Zusammenkünfte anzusehen, an welchen auch Jugendliche teilnehmen können.

Es wurde nun eine Reihe Zeugen vernommen. Sie bekundeten sämtlich, daß bei den turnerischen Zusammenkünften niemals Ansprachen gehalten worden wären. Zwar waren einige Vieder gefungen worden, doch wurde dies nur von Viedern wie „Das Wandern ist das Müllers Lust“ und „Turner auf zum Streite“, also ganz unpolitischen Viedern, festgestellt. Die Jugendlichen nahmen nicht an den anderen Zusammenkünften des Vereins teil. Mehrere erwachsene Mitglieder des Vereins bekundeten aber, daß auch bei diesen anderen Zusammenkünften niemals politische Reden gehalten worden wären, daß jede Einwirkung in politische Beziehung auf die Mitglieder ausgeschlossen sei, daß nur ein Teil der Mitglieder als Sozialdemokraten bekannt wäre.

Trotzdem behauptete der Staatsanwalt, das Turnen diene der „Erweckung eines parteipolitischen Geistes“. Er beantragt 15 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, setzte in längerer Rede auseinander: Sämtliche ordentlichen Gerichte hätten sich in solchen Fällen auf den Standpunkt gestellt, aus der Tätigkeit des Vereins selber müsse festgestellt werden, daß sein Zweck politisch wäre. Die Zugehörigkeit zum Arbeiterturnbund für sich allein genüge dazu nicht. Von den üblichen Gründen für die Politischerklärung der Turnvereine liege hier nicht einer vor. Weder seien sämtliche Mitglieder des Vereins Sozialdemokraten, noch sei das Vereinslokal ein sozialdemokratisches Verkehrslokal, namentlich nicht der Sitz des Wahlvereins, es seien auch keine politischen Vieder gefungen worden. Diese Gründe würden übrigens, auch wenn sie vorlägen, den Verein noch nicht zu einem politischen machen. Es sei ein reines polizeiliches Schreckgespenst, wenn immer der Glaube verbreitet würde, die Arbeiterturnvereine wären politisch. Wenn die Arbeiter politische Agitation betreiben wollten, so böte ihnen dazu die sozialdemokratische Partei mit ihren Veranstaltungen mehr als ausreichende Gelegenheit. Gerade weil auch die Arbeiter mehr und mehr das Bedürfnis empfänden, etwas für ihre Körperpflege zu tun und sich auch auf unpolitischem Gebiete zu betätigen, wären die Arbeiterturnvereine entstanden und groß geworden. Man möge doch nicht immer in allem, was von Arbeitern ausginge, Ziele der sozialdemokratischen Partei suchen. Außerdem aber seien die turnerischen Zusammenkünfte keine „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes, was sowohl vom Oberverwaltungsgericht als von mehreren Oberlandesgerichten ausgesprochen werde. Wären sie aber als Versammlungen anzusehen, so würden sie immerhin, da in ihnen nichts politisches vorgefallen wäre, als „Zusammenkünfte zu geselligen Zwecken“ zu betrachten, welche nach § 17 B.-G. auch von Jugendlichen besucht werden dürften.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen nach kurzer Beratung an und erkannte auf Freisprechung.

— **Wieder einmal die empfindliche Polizei.** Unter der Anklage der Beleidigung preussischer Polizeibeamten in ihrer Allgemeinheit stand am 10. Juni der verantwortliche Redakteur des *Vorwärts*, Genosse Alfred Wielepp, vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin unter Vorsitz des Landgerichtsrats Esche. Unter Anklage gestellt war ein am 20. Januar d. Js. veröffentlichter Artikel unter dem Titel „Jagow, wo bist du?“ Der in satirischer Form gehaltene Artikel knüpfte an die Tatsache an, daß in Herfen i. W. ein Verein abstinenten Polizeibeamter gegründet worden ist, und rief den Berliner Polizeipräsidenten, der ja schon ein Verbot zur Vereinerung seiner Schutzleute habe ergehen lassen, zu einem „Rechtsgutachten“ gegen jene „für die staatliche Autorität überaus gefährliche Organisation“ auf. Diesen Späß nahmen die Polizeiherrn übel und stellten Strafantrag. Der Staatsanwalt beantragte 400 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger, Genosse Haase, wandte sich gegen die Höhe der Strafe. Eventuell werde Beweis dafür angeboten, daß in Berlin bei den Moabitern Vorgängen viele Polizeibeamten sich schwere Uebergreife zu schulden kommen ließen, daß Polizeibeamte den Arbeiter Herrmann totschlugen, daß in Breslau ein Schutzmann dem Arbeiter Bielewald die Hand abhackte, daß in Köln Polizeibeamte sich beschließen ließen, daß in Königshütte ein Bergmann nach Säbel-

leben starb, die ihm Vollkisten im Arrest zugesüßt hatten, daß in Weichen Schutzleute den Gummischlauch zu Mißhandlungen benutzten usw. usw. Der Gerichtshof nahm an, daß hier die berechtigten Grenzen der Satire überschritten worden seien und verurteilte den Angeklagten zu 200 Mark Geldstrafe. Bei der Strafzumessung habe das Gericht angenommen, daß dem Verfasser und dem Redakteur Fälle wie die in dem Eventualantrag des Verteidigers angegebenen vorschwebten, in denen Polizeibeamte sich schwer vergangen hätten. Strafmildernd wirkte, daß der Artikel die Form einer Satire hat.

— **Einer schlimmen sozialdemokratischen Demonstration** hat die Hirschberger Polizei rechtzeitig vorgebeugt. Am Tage der Aushebung sah sie zwei junge Leute, die rote (!) Bänder über die Brust trugen. Sie wurden „festgestellt“. Bei näherer Beschichtigung stellte sich zwar heraus, daß auf dem einen Bande zu lesen war: „Kavallerie“ und auf dem andern „Ein Jahr zurück“. Das machte aber nichts, sie kriegten ein Verfahrn wegen groben Unfugs. Als sie vom Schöffengericht freigesprochen waren, legte der Staatsanwalt Berufung ein! Inzwischen stellte sich heraus, daß die beiden gefährlichen Demonstranten nicht Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins, sondern „nur des Bauarbeiterverbandes“ waren. Da ließ der Herr Staatsanwalt die Leute fahren und zog die Berufung zurück. Also geschehen im Jahre des Heils 1914!

— **Ein Versicherungsdirektor verurteilt.** Der frühere Direktor der Berliner Lebensversicherungsgesellschaft Dr. Alfred Seeger wurde am Freitag von der 11. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen Unterschlagung von 350 000 Mark zu zwei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre beantragt. Der Angeklagte war ins Ausland geflüchtet, hatte sich jedoch freiwillig der deutschen Behörde gestellt.

— **Der Wagner-Prozess in Bayreuth.** Am Freitag wurde vor dem Landgericht in Bayreuth die Klagesache der Frau Weidler, der Tochter der Frau Cosimar Wagner, gegen diese, ihre Mutter, in voller Öffentlichkeit verhandelt. Es handelt sich in diesem Prozeß bekanntlich um die Feststellung, daß Frau Weidler die Tochter Richard Wagners sei. Aus dem Prozeß ist interessant, daß der Vertreter der Frau Weidler mitteilte, nach seinen Informationen habe das Haus Wahnsried in den letzten Jahren jährlich 750 000 Mark Lantienem erhalten. Er stellte weiter zwölf neue Beweisansätze, durch die die Abstammung Woldens (Frau Weidler) von Richard Wagner bewiesen werden soll. Der Gegenvertreter erwiderte, Wagner habe in amtlicher Weise die Abstammung Woldens von ihm verneint. Das dürfe zur juristischen Entscheidung der Frage genügen. — Das Gericht beschloß, das Urteil in acht Tagen zu verkünden.

— **Ein Feind der Freidenker.** Das Dresdener Schöffengericht verhandelte am Freitag die Privatklage des Reichstagsabgeordneten Genossen Bogtherr gegen den Professor Guhr von der Kunstgewerbeschule in Dresden. Genosse Bogtherr hatte auf Einladung des Komitees „Konfessionslos“ für eine Versammlung in Dresden am 30. Oktober 1912 das Referat übernommen. Nach der Versammlung wurde er auf der Straße zu nächstlicher Stunde von dem Professor Guhr in der pöbelhaftesten Weise attackiert und als Halbunke und Schurke bezeichnet, nachdem dieser bereits vor der Versammlung einen beleidigenden Brief an Bogtherr geschrieben hatte. In drei Briefen an das Komitee „Konfessionslos“, an den Reichstag und an den sozialdemokratischen Wahlverein in Steffin brüstete sich Professor Guhr noch mit seiner Heidenut und fügte den Beschimpfungen neue hinzu. Das alles geschah angeblich zu dem Zweck, den Genossen Bogtherr zu einer Duellforderung zu veranlassen. Die Briefe haben seinerzeit die Kunde durch die Parteipresse gemacht und die hieron genutzten Betrachtungen, in denen Professor Guhr als ein offenbar geistig defekter Mann hingestellt wurde, führten obendrein noch zur Verurteilung einiger verantwortlicher Redakteure unserer Parteipresse. In ähnlicher Weise beschäftigte sich auch Genosse Bogtherr in einem „Ein Erlebnis“ überschriebenen Artikel in der *Sozialdemokratie* vom 10. November 1912 mit Professor Guhr und dieser erhob deswegen Widerklage. Die Widerklage stützte sich auch auf einige angebliche Äußerungen Bogtherr's anlässlich der Insultation nach der Dresdener Versammlung. Durch die Einbringung der Widerklage erreichte Professor Guhr die Hinausschiebung der Verhandlung bis nach Reichstagsluß, da der Reichstag die Strafverfolgung Bogtherr's nicht genehmigte. Jetzt endlich konnte die Sache zu einem vorläufigen Abschluß geführt werden. Die angeblichen Beleidigungen Guhrs durch Bogtherr sind von niemanden sonst gehört worden. Guhr forderte Straffreierklärung beider Teile. Das Gericht verurteilte Guhr aber zu 150 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Gerichtskosten, während die außergerichtlichen Kosten nicht erstattet werden. Auf die Widerklage Guhrs hin wurde Genosse Bogtherr wegen des Artikels zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt.

Gewerkschaftliches

— **Zum Streit in dem Linke-Hofmann-Werk in Breslau** Seit 21 Wochen tobt dieser gewaltige Kampf, an dem rund 4500 Personen, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Sattler, Lackierer, Kupferschmiede und Gewerksvereiner beteiligt sind. Seit drei Wochen haben Verhandlungen stattgefunden und nichts ist unverzucht geflossen, einen Frieden zwischen den streitenden Parteien herbeizuführen. Es handelt sich, wie bekannt, keineswegs um Lohn- oder andere Forderungen, sondern der Kampf ist den Arbeitern ungenötigt worden durch ganz unerhörte hohe Abzüge. Diesen Abzügen gilt der Kampf. Aber trotz aller Bemühungen weicht die Fabrikleitung auch nicht um einen Pfennig von ihren Abzügen ab. „Hierdran wird unter keinen Umständen gerüttelt.“ erklärte am Dienstag den 4. Juni die Direktion dem vermittelnden Gewerbegerichtsvorsitzenden. Sie stellte den Streikenden und Ausgesperrten ein Ultimatum, daß, wenn bis Sonnabend den 6. Juni die Arbeit nicht aufgenommen wird, jedes weitere Entgegenkommen abgelehnt wird. Die Streikenden und Ausgesperrten lehnten aber die Arbeitsaufnahme ab und der

Kampf geht daher in verschärfter Weise weiter. Nur drei Mann von den Tausenden stimmten für Aufnahme der Arbeit. Die Firma bemüht sich nun, mit allen Mitteln Streikbrocher heranzuziehen, was ihr auch leider teilweise gelungen ist. Wir richten daher das dringende Ersuchen an die gesamte deutsche Arbeiterschaft, uns in diesem gewaltigen Kampfe zu unterstützen. Sorgt für weitestgehende Verbreitung dieser Zellen, damit der Kampf unterbunden wird. Ferner versucht die Firma, Schmelz- und Diederarbeiten anderweitig herstellen zu lassen. Nach allen Teilen Deutschlands, ja selbst bis Belgien sind Modelle verhandelt worden.

Arbeiter Deutschlands! Solidarität, helfe den Breslauer Kämpfenden den Sieg erringen.

Selbe Niederlage. Die Arbeiterauschusswahl in den städtischen Gewerken in Charlottenburg brachte nach einem mit beispielloser Heftigkeit geführten Wahlkampf den Gelben eine vollständige Niederlage. Bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent erhielten die Kandidaten des Gemeindefabrikantenverbandes 331 Stimmen, der schwarz-blau-gelbe Ausschuss 184 Stimmen. Der Arbeiterauschuss befindet sich jetzt vollständig in den Händen der organisierten Arbeiter. Die Gelben verloren seit Dezember ca. 100 Stimmen. Das Resultat ist um so erfreulicher, als gewisse Stellen der Verwaltung mit aller Energie für die Dreifarbenleute eintreten.

Streik der Berliner Holzbildhauer. In einer stark besuchten Versammlung am Freitagabend haben die Bildhauer die Arbeitsniederlegung beschlossen, nachdem die Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation ergebnislos verlaufen waren. Die Bildhauer verlangen: Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden täglich und 6 Prozent Lohnerhöhung. In Frage kommen rund 700 Gehilfen, von denen annähernd 100 in Betrieben arbeiten, die inzwischen die Forderungen bewilligten.

Der französische Gewerkschaftsbund fordert alle angeschlossenen Organisationen auf, sofort in besonderen Versammlungen zu der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit und des freien Sonnabendnachmittags bis Widerruf des Gesetzes über die dreijährige Dienstpflicht und einer Amnestie für sogenannte gewerkschaftliche und politische Vergehen Stellung zu nehmen und ihre Stellungnahme der Landeszentrale innerhalb 14 Tagen mitzuteilen. Die Antworten sollen als Sondernummer des Bundesorgans die erste große Kundgebung sein, die gefolgt sein wird von einer allgemeinen Campagne und weiteren Kundgebungen aller Art, die ihren Höhepunkt am 1. Mai nächsten Jahres erreichen sollen.

Tarifbewegungen im Bäckergewerbe. Mit der Bäckereiarbeit in Bad Reichenhain und Berchtesgaden wurde auf fünf Jahre die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Tarif vereinbart, der innerhalb der Tarifdauer eine Lohnerhöhung von wöchentlich 2,50 Mark vorsieht. Die Forderung des wöchentlichen Ruhetages konnte nicht durchgeführt werden. An dessen Stelle wurden Ferien von 6 bis 9 Tagen vereinbart. Die Arbeitszeit wurde täglich um eine Stunde verkürzt und die darüber hinausgehende Arbeitszeit wird pro Stunde mit 60 Pfg. bezahlt.

Mit den Bäckermeistern in Penzberg wurde ebenfalls ein Tarif abgeschlossen, nach dem jeder Arbeiter eine wöchentliche Lohnerhöhung von 2 Mark erhält. Die Ueberstunden werden mit 50 Pfg. bezahlt, der Kostwag im Hause des Meisters wurde beseitigt; die Gehilfen haben jede dritte Woche einen zehntägigen Ruhetag. Von dem Führer des Unternehmerverbandes in München wurde das Möglichste versucht, um die Bäckermeister zu überreden, nicht in das Vertragsverhältnis mit der Gehilfenorganisation einzugehen; der Schlichter hatte aber kein Glück.

In Lohnbewegungen stehen auch die Bäcker in Ludwigshafen, Mühlhausen i. Th., Freiburg i. Br. und die Arbeiter in den Brauereien des Wuppertales. In den Brauereien bestand bereits ein Tarifvertrag. Nach der Stimmung, die im Lager der organisierten Brauereifabrikanten herrscht, wird dort mit einem Kampfe gerechnet werden müssen. In Ludwigshafen und Mühlhausen haben die Innungen jede Unterhandlung mit der Organisation der Bäcker abgelehnt. Dort wird zurzeit versucht, durch Einzelverträge die Forderungen der Arbeiter, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Unternehmers, durchzusetzen. Teilerfolge sind jetzt schon zu verzeichnen.

Eine Tagung des Werkmeisterverbandes. Der deutsche Werkmeisterverband berief letzten nach Wien einen „Werkmeisterkongress“ ein. Der Verband zählt jetzt über 65.000 Mitglieder. Er wurde sein dreißigjähriges Bestehen durch Ergebenheitsadressen und eine Ankerkette besiegelt, die Herrschaften der Vor- und Anwesenheit waren die Ausführungen des Verbandes durch Dr. Werner über das Verhalten der Werkmeister beim Streik. Gegenüber den Angriffen auf den Verband, daß dieser nicht an die Seite der Gewerkschaften trete, mußte erklärt werden: die deutschen Werkmeister streben nicht und können niemals erreichen, da über zu wenig sind. Bei der jetzt errungenen längeren Kundgebung von mindestens einem Monat würden ihre Stellen in solchem Maße besetzt werden, bevor es zum Ausstand käme. Der Verband müsse also aus Pflichtgefühl gegen ihre Ansehlichkeit und ihren Stand einen Streik ablehnen. Diese Erklärung wurde jedoch der Verband nicht die Rechte seiner Mitglieder gegenüber den Arbeitgeberverbänden mit allem Nachdruck zu wahren und zu vertreten.

Wenn die Werkmeister schon vorher erklären, daß sie keineswegs streiken wollen, dürfte es mit dem Respekt der Unternehmerorganisationen vor dieser „nachdrücklichen Standesvertretung“ nicht weit her sein.

Aussperrung der Dachdecker in Celle. In Celle hatten sich die Dachdeckergehilfen mit den Unternehmern über die Änderung der Arbeitszeit an den Sonnabenden geeinigt. Es sollte an diesen Tagen statt um 6 Uhr um 4 1/2 Uhr Feierabend sein, ohne Wesperrpause betrug an Sonnabenden die Arbeitszeit 4 Stunden. Bezahlt sollte nur die wirklich geleistete Arbeitszeit werden. Als der Unternehmerverband im Bauergewerbe davon erfuhr, ordnete er an, wer um 4 1/2 Uhr am Sonnabend Feierabend macht, wird ausgesperrt. Tatsächlich hat dann auch in einer Werkstatt am Sonnabend den 6. Juni

die Gesellen entlassen worden. Daraufhin haben am Montag früh sämtliche Dachdecker die Arbeit eingestellt. Zugang ist fernzuhalten.

Der Zentralverband der Gärtner im Jahre 1913. Mit einem Mitgliederzuwachs von 515 konnte der Verband das Vorjahr abschließen. Die Mitgliederzahl stieg im Jahresdurchschnitt von 6950 auf 7465. Ist der Fortschritt mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Arbeitsmarktes auch zufriedenstellend, so bleibt er doch hinter dem der Vorjahre zurück. Der Kassenbestand erhöhte sich von 85.688 Mark auf 76.622 Mark. Davon befinden sich in den Ortskassen 24.042 Mark. Die Einnahmen betragen 198.904 Mark. Die Gesamtausgaben betragen 165.865 Mark; davon entfielen 99.770 Mark auf Unterhaltungen und 17.102 Mark auf Arbeitskämpfe. Auf die Unterhaltung der Arbeitsnachweise ist von jeher in diesem Gewerbe großes Gewicht gelegt worden; sie erforderte eine Ausgabe von 3179 Mark. Gemeldet wurden im Berichtsjahr in den Arbeitsnachweisen 5380 offene Stellen, von denen 4125 besetzt wurden. Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung wurden 19, Angriffsstreiks 12 geführt. Der Erfolg dieser Bewegungen war für 559 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 2200 Stunden und für 1879 Personen eine Lohnerhöhung von 3948 Mark wöchentlich; außerdem wurden für 194 Personen sonstige Verbesserungen, wie Bezahlung der Ueberstunden, Beseitigung des Wohnungszwanges usw. erzielt. Neu abgeschlossen wurden sechs Tarifverträge für 465 Personen. Wie der wirtschaftliche Niedergang auf den Gärtnereiberuf wirkt, zeigt die Arbeitslosenstatistik des Verbandes. 1912 wurden 4300 Arbeitslose mit 41.462 Arbeitslosentage, 1913 hingegen 5342 Arbeiter mit 60.232 Arbeitslosentage gezählt. 1912 kamen auf jeden Fall der Arbeitslosigkeit 9 1/2 Tag, 1913 aber 11 1/2 Tag.

Dachdeckeraussperrung in Coswig (Anhalt). Seit dem 8. Juni sind die Dachdecker in Coswig ausgesperrt. Ein von den Arbeitern eingereichter Tarif wurde von den Unternehmern mit einem Gegenantrag beantwortet, der bedeutende Verschlechterungen enthielt. Bisher wurde bei Arbeiten außerhalb der Stadt der Weg zur Arbeitsstätte als Arbeitszeit gerechnet, auch wurde, wenn der Arbeiter ein Fahrrad benutzte, eine Vergütung von 25 Pfg. täglich gezahlt. Diese Vergütungen sollten jetzt in Wegfall kommen, ebenso sollte bei Teerarbeiten, bei denen bisher eine Vergütung gezahlt wurde, nichts mehr gezahlt werden. Auch sonst bestanden noch Differenzpunkte. Die Arbeiter wurden, weil sie auf die Vorschläge der Unternehmer nicht eingingen, kurzerhand entlassen.

Reisebeihilfen zum Besuch der Buchgewerbeausstellung. Zum Besuch der Internationalen Ausstellung für das Buchgewerbe in Leipzig hat die Stadt Mannheim den Arbeiterorganisationen im graphischen Gewerbe einen Beitrag von 2000 Mark gewährt. Einzelnen Reiseteilnehmern soll ein Reisezuschuß bis zu 35 Mark gegeben werden.

Aus der Partei

Das sozialdemokratische Familienblatt. Das illustrierte Familienblatt, dessen Herausgabe der letzte sozialdemokratische Parteitag zu Jena beschloß, wird mit dem Namen

„In allen Gassen“

seinen Weg in die proletarische Welt antreten. Ueberall — in allen Gassen des arbeitenden Volkes also — will es für die Ruhestunden des Kampfes Männern und Frauen und ihrem jungen Nachwuchs ein willkommenes Gefährte werden, der zur Sammlung der Kräfte aus dem Engen ins Weite, dem Dunklen ins Helle, dem Müden ins Erfrischte zu führen versteht.

Jede der vierzehntägig erscheinenden Nummern wird mit zahlreichen, durch Tiefdruck wiedergegebenen photographischen Aufnahmen vom Leben der unmittelbaren Gegenwart zeugen. Das Bild wird ein hervorragendes Element dieses Hausblattes der Arbeiterschaft sein. Jede Nummer bringt ein Romanwerk, kürzere Erzählungen und durch Bilder unterstützte Aufsätze zu Fragen des Wissens, die in Fluß sind; jede wird ein Ratgeber sein, dem alles wichtig ist, was den einzelnen und seine Familie im Sinne einer guten Lebenspflege fördern kann. Die gesunden Kulturkräfte, die im Proletariat aufwärts in Bewegung sind, will die neue Zeitschrift beschäftigen, daß sie im Kleinen wie im Großen ihres hohen Wertes bewußt werden. Die Heite der Zeitschrift werden mindestens 32 Seiten stark sein und 20 Pf. kosten.

Die redaktionelle Leitung wurde dem Genossen Dr. Franz Diederich übertragen, der deshalb mit Ablauf dieses Monats aus der Feuilleton-Redaktion des Vorwärts ausscheiden wird. Die erste Nummer der Zeitschrift wird als Werbenummer gegen Mitte September erscheinen. Zuschriften an Redaktion und Verlag sind nach Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Soziales

Noch eine Volksversicherungsgesellschaft. Als die Temperanz des „nationalen“ Gründungsfiebers zur Bekämpfung der ersiehenden „Volksfürsorge“ auf die Siedehitze gebracht war, spürte sich plötzlich der antisemitische deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband von den mit den Privatgesellschaften, unter der Vormundschaft der Reichsbehörden gemeinsam verhandelnden „nationalen“ Organisation ab und gründete eine eigene Versicherungsgesellschaft für seine Mitglieder. Das Ärgerte nun wieder die Macher des Leipziger Handlungsgehilfenverbandes, der offenbar fürchtete, dadurch an Anziehungskraft zu verlieren. Um nun gleich leistungsfähig zu sein, beschloß dieser Verband am 17. Mai d. Js. ebenfalls die Gründung einer eigenen Volksversicherungsgesellschaft!

Da solche in ihrem Wirkungskreis beschränkte Gesellschaften keine erspriessliche Entwicklung haben können, wird der Verband mit dieser Gründung ebensowenig Erfolg haben wie mit seiner Altersversicherung- und mit seiner Witwenkasse, bei denen er seither mit Defizit arbeitete.

Wenn die Leiter dieser Verbände die Interessen ihrer Mitglieder wirklich wahren wollten, müßten sie diesen die Versicherung bei der „Volksfürsorge“ empfehlen, wo sie alle Vorteile der Volksversicherung mitgenießen könnten.

Bemerkliches

Der Papst lebt herrlich in der Welt! Auch Ihre Eminenzen die hochwürdigsten Herren Kardinäle pflegen von altersher gutes Essen und Trinken nicht zu verschmähen. Im Gegenteil! Die Küchenmeister der Papstnepoten aus den Häusern Borgia, Medici und Chiaromonte bezogen für ihre ingenieure Begabung in der Zusammenstellung raffiniertester Delikatessen Einkommen, die die preußischen Ministergehälter um bedeutende Beträge überschreiten. Daß auch heute noch beim Papst in der Tat gut gekocht wird, beweist die Menükarte des am vergangenen Donnerstag zu Ehren der neuernannten Kardinäle vom Kardinalstaatssekretär Merry del Val in den Borgia-Appartements des Vatikans gegebenen Bruntmahls. Bezeichnend für unsere Zeit ist, daß die modernen Tendenzen der vatikanischen Küche mit dem rückschrittlichen offiziellen Programm der heiligen Kurie im umgekehrten Verhältnis stehen.

Die Speisefolge lautete nach dem Offiziare Romano:

Bouillon à la Cardinal.
Pasteten à la St. Germain.
Nachsorellen, Sauce Soiwille.
Filet à la Francillon.
Garnierte Wachteln.
Salat à la Richelieu.
Junge Pouarden.
Spargel, Sauce à la Rochel.
Orientalische Bombe.
Verschiedenes Eis.
Chester Käsestangen.

Als Lichweine waren folgende erlesenste Presenzen bezeichnet: Sherry, Königl. Wachtum 1870, Sauteruls 1888, Bordeaux Châteaullron 1892, Champagner St. Marceau, Ruskateller 1860. Speisen und Trant eines Lukullus würdig!

Eine Hochzeit bei den „Notleidenden“. In Medelsfeld, einem Dorfe in der Gegend zwischen Unterweiser und Unterelbe, fand dieser Tage eine Hochzeit statt, auf der es gegen einhundert Gäste gab. Das Hochzeitspaar gehörte der Klasse der „Notleidenden“ an, er war ein Vollhühner und sie eine Hofbesitzerstochter. Die Hochzeit zeigte jedoch in quantitativer wie qualitativer Hinsicht von keinerlei Notlage der Landwirtschaft. Sie nährt überhaupt ihren Mann, der Besitz muß nur groß genug sein. Wie sollte sie bei den hohen Preisen der meisten landwirtschaftlichen Produkte und den niedrigen Löhnen der landwirtschaftlichen Arbeiter auch nicht? Bei diesen und den Kleinbauern geht's allerdings ebenso kärglich zu, wie bei den Großbauern und Großgrundbesitzern üppig und verschwenderisch. Das ist eben die soziale Gerechtigkeit in unseren Staaten, daß die Arbeitenden sich plagen müssen und dabei darben, während die Nichtarbeiter die Früchte genießen. Das ist die „gerechte Sache“, für die Herr v. Loebell im Landtage zu kämpfen versprach, die gerechte Sache, die den Sieg davontragen müsse.

Deutsche Einheitsstenographie. Am 20. und 21. d. M. wird im preussischen Kultusministerium wieder eine Sitzung der Vertreter der größten deutschen stenographischen Schulen stattfinden, um den Bericht des Unterausschusses für die Prüfung verschiedener Systeme auf ihre Geeignetheit für eine Einheitsstenographie in Empfang zu nehmen. Auch Vertreter aus Oesterreich sind in dem Ausschusse. Es besteht daher die Möglichkeit, daß die neue deutsche Einheitsstenographie, wenn sie zustande kommt, auch in Oesterreich zur Einführung kommt.

LUDA

hochfeine
2 Pfg.
Cigarette
Specialmarken:
Salem Aleikum
Salem Gold
echt mit Firma:
Orient-Tabak-u. Cigarettenfabrik
Yenidze, Inhaber Hugo Zietz, Dresden

Trustfrei!

Sitzung des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Am 15. Juni tagte der Ausschuss wieder im Stadtvorordnetenlenkungsraume des Rathauses. Von den Arbeitgebern waren nur vier Vertreter erschienen.

Ohne Widerspruch wurden einige nicht unerhebliche Veränderungen der Krankenordnung beschlossen. Auf Antrag unserer Genossen wurden die statutarischen Bestimmungen über die Familienunterstützung dahin ergänzt, daß nicht nur Ehefrauen, sondern auch männliche Ehegatten bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen darauf Anspruch haben. Auch wurden die Kinder beider Ehegatten in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen. Das Statut sprach bisher nur von den eigenen Kindern der Versicherten. Kinder, die von der Frau in die Ehe eingebracht wurden, waren also ausgeschlossen. Das Eingreifen unserer Genossen hat diese Ungerechtigkeit beseitigt. Der von der Geschäftsführerin Käthe Rohde geäußerte Wunsch, die Leistungen der Familienversicherung auch Eltern und Geschwister einzuräumen, wurde mit Zustimmung der Antragstellerin dem Vorstande überwiesen. Auf Antrag des Genossen Bartel wurde auch für schließlich eine Meldestelle beschlossen.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften hatten schon früher beantragt, daß Reisekosten des Vorstandes nicht mehr im einzelnen für jede Ausgabe nachgewiesen, sondern wie das überall selbstverständlich ist, durch festgesetzte Tagesbeträge entschädigt werden sollten. Auch forderten sie nach dem Vorbilde anderer Kassen, z. B. der in Königsberg, die Entschädigung der Sitzungen des Vorstandes und des Ausschusses. Diese Anträge hatte die letzte Sitzung dem Vorstande zur Bearbeitung überwiesen. Dieser beantragte nun die feste Entschädigung der Reisekosten, auch den Ersatz des Arbeitsverdienstes bei Sitzungen usw., die in der Arbeitszeit abgehalten würden, lehnte jedoch die allgemeine Entschädigung der Sitzungen ab. Genosse Spill beantragte wieder die Entschädigung aller Sitzungen, einmal deshalb, weil sie nur angemessen sei, und dann auch, weil der Nachweis des entgangenen Arbeitsverdienstes bei Kford usw. nicht immer ohne Differenzen möglich sei. Die Arbeitgeber stimmten, mit nur einer Ausnahme, für den Antrag, ebenso die freien Vertreter. Die Schwärzen und die feindsinnigen Damenvereinerinnen lehnten ihn als Minderheit ab. Zur Debatte hatte keiner der Opponenten gesprochen. Bei der Abstimmung über die Gewährung der gleichen Entschädigungen für den Ausschuss hatten die Schwärzen und Liberalen zum größten Erfolge der anderen Teilnehmer ihren Standpunkt plötzlich geändert. Nun stimmten sie einstimmig dafür. Selbst der Schriftführer hielt diese veränderte Stellungnahme für unmöglich. Um das Protokoll nicht irrtümlich zu fassen, stellte er noch ausdrücklich die Anfrage, ob diese widersprechende Abstimmung tatsächlich erfolgt sei? Sie konnte ihm nur, ohne Einspruch der Wandelbaren, bestätigt werden.

Dann hatte der Vorstand den Fortfall der jetzt nur freiwillig zu zahlenden Zusatzbeiträge für die Familienversicherung und den Ersatz dieser Einnahme durch die Erhöhung der Pflichtbeiträge von 4,2 auf 4,8 Prozent des Grundlohnes beantragt. Die freiwillige Zahlung erfolgte in so geringem Umfange, daß statt der erwarteten 109 000 Mark für das ganze Jahr nur mit 24 000 Mark gerechnet werden kann. Nach der schriftlichen Begründung des Vorstandes, die Gerichtsaffessor Böhlke als bestellter Vertreter des Vorsitzenden ergänzte, ist die finanzielle Entwicklung der Kasse nicht günstig. Die Ausgabe an Krankengeld ist seit Januar bis Mai von 37 257 auf 63 221 Mark pro Monat gestiegen, während normal das Sinken dieser Ausgabe erwartet werden mußte. Die Belastung war so stark, daß 225 000 Mark Vorschüsse vom Magistrat gelistet werden mußten. Aus der höheren Festsetzung der Beiträge sind insgesamt 169 940 Mark Mehreinnahme zu erwarten.

Genosse Grünhagen betonte, daß die Beiträge schon recht hoch seien. Es müßte deshalb die Aufmerksamkeit auf die Verminderung von Ausgaben, ohne Benachteiligung der Versicherten gerichtet werden. Die ungünstige Wirkung der freien Arztwahl zeige sich in der vom Vorsitzenden betonten Notwendigkeit der Vermehrung der Vertrauensärzte. Nachteilig sei allgemein der Umstand, daß die Kasse noch keinen gewählten Vorsitzenden habe. Das Gehalt für den bestellten Vertreter erscheine den Arbeitgebern der anderen Richtung, die sogar eine verständige Entschädigung der gewählten Vorstandsmitglieder verweigerten, nicht als überflüssig. Im Vorstande verhinderten sie die Wahl eines Vorsitzenden, nur weil sie den Vertretern der Mehrheit der Versicherten des Ausschusses nicht das ihnen gebührende Recht einräumen wollten. Dieses schwere Unrecht müßten die Mitglieder mit mehreren Tausend Mark Gehalt für den bestellten Vertreter aus ihren Beiträgen bezahlen. G. rügte ferner, daß die Beschlüsse des Ausschusses zur Dienstordnung vom Oberversicherungsamt mit einem Federstrich beseitigt wurden. Diese Tatsache zeige die Entwertung der Versicherten durch die Reichsversicherungsordnung, die dieselben Leute auf dem Gewissen hätten, die im Vorstande so terroristisch handelten. G. bedauerte, daß der Vorstand nicht allgemein gegen die Ablehnungen des Oberversicherungsamts Beschwerde geführt habe. Er forderte Aufschluß darüber, ob bei der Anstellung des Personals politische Gesichtspunkte entscheidend seien? Das wäre eine grobe Verletzung des § 354 der Reichsversicherungsordnung. Trotzdem habe man sich in Königsberg nach der politischen Gesinnung eines dortigen Kassenangestellten, der sich beworben habe, erkundigt! G. beschwerte sich darüber, daß Hilfskräfte angeblich wegen Mangel an Beschäftigung entlassen seien und trotzdem durch Hilfsarbeiter des Magistrats und von anderen Behörden ersetzt werden. Das Geschäftshaus sei nach jeder Richtung ungenügend, hindere die Verwaltung und führe zu Zuständen gegenüber den abzufertigenden Mitgliedern, die unwürdig und gesundheitschädlich seien. Der Redner bemängelte den Ausschluß der Dentisten, obwohl diese günstigere Bedingungen als die Zahnärzte vorgeschlagen hätten. Er kam zu dem Schluß, daß seine Freunde eigentlich verpflichtet seien, zum Protest gegen das Regiment in der Kasse, das sie und ihre Vertreter im Vorstande entrechtete, die Erhöhung der Beiträge abzulehnen. Sie würden in diesem Falle sich jedoch der objektiven Notwendigkeit für und dem Antrage zustimmen. Als Grünhagen die Gesinnungspolitik der Mehrheit des Vorstandes rügte, suchte ihn der Vorsitzende, Kaufmann Dübke, daran mit dem unbegreiflichen Einwände zu hindern, daß politische Erörterungen nicht zulässig

seien. G. sprach auch von der Miswirtschaft der bankrotten Ortskrankenkasse für Fabrik- und Gewerbebetriebe, die der Allgemeinen trotz des 5000-Mark-Renditen Zinses 20 000 Mark Kosten verursacht habe. Der Fabrikant Paul, der Vorsitzende der Bankrottkasse, erlaubte sich dabei den Zwischenruf, daß diese Erörterung nicht zulässig sei. Eine Flut von Zwischenrufen belehrte ihn jedoch eines Besseren.

Affessor Böhlke erwiderte, daß er sehr erfreut wäre, wenn durch eine Einigung im Vorstände die Wahl eines Vorsitzenden ermöglicht würde. Besonders wertvoll war seine Erklärung, daß er es prinzipiell für falsch halte, wenn politische Momente bei der Anstellung berücksichtigt würden. Die Gründe für die Ersetzung zweier Herren, die der Personalaussschuß bereits zur Anstellung vorgeschlagen hatte, durch andere, kenne er nicht. Die von G. als unzulässig behauptete Verzinsung der Vorschüsse des Magistrats sei noch nicht entschieden; darüber schwebten Verhandlungen.

Die Unzulänglichkeit des Hauses, das dem Magistrat gehört, wurde noch von mehreren Rednern betont und die schnelle Beschaffung geeigneter Geschäftsräume gefordert.

An dieser Debatte beteiligte sich niemand von den Schwärzen. Die praktische Arbeit überlassen diese Neumannen eben stets den gewissenlos geschmähten „Koten“. Nun nahm aber das schwarze Vorstandsmitglied Knoch das Wort. Er wollte Zwischenrufe, wie Jesuiten usw., gehört haben und versicherte, daß er kein Idiot sei, was angeblich auch gerufen sein sollte. Die Ausführungen Grünhagens bezeichnete er in hilfloser Verlegenheit als Agitationsrede. Sein Spezialgenosse Dulski unterstützte ihn durch den christlichen Zuruf: Demagogie! Von der Verantwortung für die Knute der Reichsversicherungs-Ordnung wollte Knoch natürlich nichts wissen. Ueber Terrorismus klagten die freien Vertreter ganz zu unrecht nur deshalb, weil sie mit ihren Forderungen nicht durchkämen(!). Er bestimme sich nicht um die politische Gesinnung von Angestellten. Wenn aber die andere Seite alles bis aufs kleinste nachspüre, so tue er das auch.

Genosse Bartel erklärte, daß er sich zuerst aus kollektiver Rücksicht nicht äußern wollte. Die Angriffe Knoch's, über deren Bornehmtheit er das Urteil ruhig den Anwesenden überlasse, zwängen ihn jedoch dazu. Als Hüter des guten Tones habe er Knoch zum ersten Male kennen gelernt und würde sich nur freuen, wenn er diese Eigenschaft auch im Vorstände betätigen würde. Der Terror in Königsberg könne Knoch nicht ableugnen. Der jetzige bestellte Vertreter des Vorsitzenden sei persönlich korrekt auch gegen seine Freunde: Trotzdem sei der Zustand der Bestellung für die Kasse im höchsten Grade nachteilig und zwinge zu unnötigen Ausgaben. Nur weil die Vertreter der anderen Richtung ihm und seinen Freunden das durch die Verhältnismäßigkeit begründete Recht verweigerten, werde die Kasse so belastet. Nur die unter Ausschaltung unzulässiger Momente erfolgende, auf Anerkennung der gegenseitigen Rechte gestützte, sachliche Zusammenarbeit der Kassenorgane garantiere auch die finanziell günstige Kassenverwaltung. Genau so liege es hinsichtlich des Personals. Politische Gesichtspunkte dürften in diese Fragen, wenn das Gesetz nicht offensichtlich verletzt werden sollte, nicht hinein gezogen werden. Gegen ihn sei jedoch das Verfahren nach § 24 der Reichsversicherungs-Ordnung eröffnet, um ihn als vertrauensunwürdig schon deshalb aus dem Vorstände zu entfernen, weil er einen Artikel verfaßt haben sollte. Gegen ein Vorstandsmitglied, das sich jedoch offen für die Berücksichtigung der politischen Gesinnung bei Anstellungen ausgesprochen habe, sei das nicht geschehen. Der Vorsitzende rügte auch diese Ausführungen als politisch. Bartel erwiderte ihm, politisch seien die Handlungen, gegen die er sich wenden müsse. Er fordere gerade die Durchführung der unpolitischen Handhabung der Verwaltung. Die Behauptung Knoch's, daß er und seine Freunde im Vorstände bei Anstellungen nachschneiften, sei das genaue Gegenteil der Wahrheit. Sie hätten nur pflichtmäßig Aufklärung gefordert, weshalb zwei vom Personalaussschuß zur Anstellung empfohlene Herren ziemlich plötzlich durch zwei Freunde von Beuster und Knoch ersetzt worden seien. Ueber einen sehr interessanten Vorgang in ähnlicher Richtung würde Beuster sich wohl noch selbst äußern. Dann empfahl auch Bartel die Beitragserhöhung, um die Familienversicherung auf sichere Grundlagen zu stellen.

Genosse Knecht forderte bessere Durchführung der Kontrolle der Kranken, aber auch rechtzeitige Anweisung der Zuschüsse bei Unfällen. Der Arztvertrag sei zu ungünstig für die Kasse geworden. Die Genossin Leu, ferner Spill usw. äußerten sich ebenfalls. Zech fand die Beiträge schon jetzt befremdlich hoch. Die kaufmännische Ortskrankenkasse in Hamberg erhebe bei gleichen Leistungen und 21 Mark Krankengeld nur 1,05 Mark Wochenbeitrag, während es hier 1,50 Mark seien und jetzt 1,74 Mark werden sollten. Knoch habe sich durch seine überhebende Phrase von der Agitationsrede nur selbst gekennzeichnet. Der Vorstand könne viel ändern und müsse es deshalb. Brill wunderte sich, daß Beuster so schweigsam geblieben sei. Es sei falsch gewesen, daß der Vorsitzende Bartel an der Kritik der politischen Unzulänglichkeiten hindern wollte. Wenn Knoch von Terror rede, so wisse man schon, was man darüber urteilen müsse.

Grünhagen lehnte es ab, einem Gegner, der so wie Knoch aufgetreten sei, zu erwidern. Von Beuster wünsche er jedoch endlich zu wissen, ob auf ihn das Gerücht zutreffe, daß ein Vorstandsmitglied unerlaubte Aktienstücke der Kasse an sich genommen habe.

Hierauf fand Beuster endlich Worte. Er gab zu, ein Schriftstück, Liste des Personals, aus den Akten der Kasse an sich genommen zu haben. Diese Handlung suchte er damit zu entschuldigen, daß er die Absicht hatte, nachzuweisen, daß Entlassungen ohne Zustimmung des Geschäftsführers beobachtet wurden. Bartel wunderte sich, daß Beuster diese Behauptung zu wiederholen wagte, für die er im Vorstande keinen Beweis liefern konnte. Er habe dort sogar erklärt, daß er Vorwürfe gegen den Herrn, den er ursprünglich beschuldigte, nicht erheben wollte. Trotzdem wiederhole er nun seine Vorwürfe. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß das Aktienstück widerrechtlich in seinen Besitz gelangt sei. Die

nähere Bezeichnung dieser Handlung könne man den Juristen überlassen.

Beuster entgegnete, daß die Liste kein Dokument und kein Aktienstück sei. Er habe sie nur einen halben Tag in seinen Besitz gehabt. Er würde den, der sie ihm verschafft habe, nur dem Vorsitzenden nennen.

Ein Arbeiter sprach hierauf die Erwartung aus, daß die Aktensache vom Vorstande geführt werden würde. — Dann wurde Schluß der Debatte beschlossen. So gut wie einstimmig wurde der Fortfall der Zusatzbeiträge und die Erhöhung der wöchentlichen Pflichtbeiträge vom 1. Juli in folgender Weise beschlossen:

I Klasse bisher	0,12 Mk.	jetzt	0,15 Mk.
II	0,24	0,27	
III	0,33	0,36	
IV	0,42	0,48	
V	0,54	0,60	
VI	0,66	0,75	
VII	0,78	0,90	
VIII	0,90	1,05	
IX	1,05	1,20	
X	1,20	1,38	
XI	1,35	1,53	
XII	1,50	1,74	

In ähnlicher Weise wurden die Beiträge der unständigen Mitglieder erhöht.

Gegen 12 1/2 Uhr nachts wurde die Sitzung geschlossen. Während die übrigen Blätter das Ergebnis der Verhandlungen kurz wiedergeben, muß sich das zentralische Westpreussische Volksblatt für die schwarzen Agitationszwecke die übliche Entstellung der Wahrheit leisten. Es behauptet, daß die Vertreter der Linken die Entschädigung für die ehrenamtliche Tätigkeit forderten, die bisher unentgeltlich versehen wurden. Diese Behauptung wäre auch dann unwahr, wenn das Maß der Arbeit, das in dieser großen Kasse zu leisten ist, nicht umfangreicher wäre, als es bei den früher durchweg kleineren Kassen gewesen ist. Eine angemessene Entschädigung war auch schon früher häufig üblich, allerdings nicht dort, wo man die Vorstandsmitglieder usw. so wenig als möglich zusammenrief. Die von Ausschuss beschlossene Entschädigung ist auch formell nichts Neues. Sie ist dem Statut der Königsberger Ortskrankenkasse entnommen. Das frömmelnde Blättchen hebt hervor, daß nur die Arbeitgeber und die „Genossen“ für die Entschädigung stimmten. Natürlich soll damit hervorgehoben werden, daß die Schwärzen, die die 5000-Mark-Pfründe für den Rentanten Zinke usw. geschaffen haben, die Uneigennütigen und Sparsamen gewesen sind. Um diese wunderschöne Entdeckung zu stützen, hat das Blatt sogar die wertvolle Mitteilung — ver-gessen, daß die Schwärzen und ihre Verbündeten die gleiche Entschädigung für den Ausschuss, also für sich selbst, einstimmig beschlossen haben! Nur gegen den Vorstand, der viel häufigere und zeitraubendere Sitzungen abhalten muß, übten sie durch die Verweigerung — weise Sparsamkeit! Eine echt-jesuitische Taktik.

Schwurgericht.

1. Münzverbrechen. Der 1875 in Danzig geborene Anstreicher Otto Koeple wurde beschuldigt, falsches Metallgeld angefertigt und in den Verkehr gebracht zu haben. Der Angeklagte ist bisher unbestraft. Er hat selbständig gearbeitet. Seit Oktober v. Js. war er arbeitslos und lebte von seinen Ersparnissen. Vom 1. Februar an ist er in Haft. Bei einer Haus-suchung fand man in der Wohnung des Angeklagten Löffel mit Metallresten, Wachs, Bronze und Gips. Ausgegeben sind falsche Zwanzigmars- und Einmarkstücke. Bei der Haus-suchung wurden falsche Dreimarkstücke gefunden. Die Metallreste in den Löffeln und die Bronze haben die gleichen Legierungen wie die beschlagnahmten Münzen. Bei der ersten Vernehmung gestand Koeple, daß er, nachdem die Ersparnisse zu Ende gegangen seien, falsche Einmarkstücke angefertigt. Die gebrauchten Formen will er in die Mottlau geworfen haben.

Bei der Verhandlung vor dem Schwurgericht widerlegte der Angeklagte das Geständnis. Er will die Einmark- und Dreimarkstücke gefunden haben, die Einmarkstücke habe er für echt gehalten, aber gleich vermutet, daß die Dreimarkstücke falsch seien. Von den Zwanzigmarsstücken will der Angeklagte nichts wissen.

Zu der Verhandlung waren 31 Zeugen geladen. Im Dezember v. Js. wurden verschiedentlich falsche Zwanzigmarsstücke in Geschäften in Zahlung gegeben. Der Vorgang war immer gleich. Ein Mann forderte Kinder auf, für ihn eine Kleinigkeit zu holen. Zur Zahlung gibt er ihnen ein Zwanzigmarsstück mit. Kommen die Kinder mit der Ware und dem Rest-gelde heraus, so nahm der Fremde beides in Empfang. Schöpfte ein Ladeninhaber Verdacht, dann verschwand der Mann. Die Kinder erkannten vor Gericht in dem Angeklagten den Mann wieder. Als die Zeitungen Mitteilungen über das Auftauchen des falschen Geldes machten, hörten die Vorgänge auf. Im Januar d. Js. wurden auf die eben geschilderte Weise falsche Einmarkstücke in den Verkehr gebracht. Der Kriminal-schuhmann Hinz bemerkte eines Abends in der Fleischergasse den Angeklagten, wie dieser das gegenüberliegende Geschäft beobachtete. In dem Laden befand sich ein kleines Mädchen, das etwas kaufte. Es kam aus dem Geschäft heraus und lieferte Geld und Ware an den Angeklagten ab. Dem Beamten kam das verdächtig vor und verhaftete den Koeple. Der Angeklagte will das Geständnis, das er auf der Polizei ablegte, im Trauzustand gemacht haben. Er bestritt ganz entschieden, die falschen Zwanzigmarsstücke angefertigt und ausgegeben zu haben. Von einem Schlossermeister wollte er einen Schraubstock leihen. Ueber den Zweck dieses Vorhabens konnte der Angeklagte keine glaubhaften Angaben machen.

Während der Vernehmung zweier Sachverständiger wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Der Staatsanwalt führte aus, daß sieben falsche Zwanzigmarsstücke und acht Einmarkstücke in den Verkehr gebracht worden sind. Der Angeklagte sei der Täter gewesen. Er bitte die Schuldfragen wegen Münzverbrechens zu bejahen und dem Angeklagten mildernde Umstände zu versagen.

Der Verteidiger v. Szymanski war der Ansicht, daß K. die Zwanzigmarsstücke nicht angefertigt habe. Kinderauslager

Jelen nicht zuverlässig. Die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten und der geringe angerichtete Schaden zwingen zur Zubilligung mildernder Umstände.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des Mordverbrechens schuldig und billigten ihm mildernde Umstände zu. Der Staatsanwalt beantragte darauf drei Jahre Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Der Verteidiger bat, dem Angeklagten die Untersuchungskosten anzurechnen.

Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.

Mit diesem Prozeß hatte die gegenwärtige Schwurgerichtsperiode ihr Ende erreicht.

Staatsanwaltschaftliche Hochkonjunktur. Der Dienst der Freiheit ist ein schwerer Dienst. Sowohl wie unterrichtet sind, schweben zurzeit gegen Danziger Genossen zwölf Strafsachen. Davon ruhten sich sieben gegen den Parteisekretär Neu, eins gegen die Genossen Neu, zwei gegen den Genossen Bartel, und je eins gegen die Genossen Schröder und Brill. Am 23. Juni wird Genosse Schröder als erster der fünf Sünden vor der Strafkammer stehen, weil er das Unschuldskammer-Merkmal „betleidigt“ haben soll.

Für die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 600 bis 900 Mark erklärt der Magistrat in Nr. 135 des Intelligenz-Blattes nachstehende Bekanntmachung:

Die Gemeindesteuerlisten des Steuerjahres 1. April 1914 bis Ende März 1915 für die Steuerpflichtigen, die von einem Jahreseinkommen bis einschließlich 900 Mark veranlagt sind, werden, nachdem die Feststellung durch den Herrn Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission erfolgt ist, in der Zeit vom 13. bis einschl. 26. Juni d. Js. an den Wochentagen zwischen 10 und 1 Uhr im städtischen Steuerbureau — Pfefferstraße 33/35 (Altstadt, Rathaus) Mittelgebäude — öffentlich ausliegen. Veranlagungen gegen die erfolgte Veranlagung sind gehörig begründet und, soweit erforderlich, mit Nachweisen über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse belegt, binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, also bis einschließlich 24. Juli d. Js. unter genauer Angabe des Steuerzeichens bei dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission, Karrenwall 6, schriftlich oder mündlich zu Protokoll anzubringen. Wird die vierwöchige Veranlagungsfrist veräußert, so ist der Anspruch auf Steuer-Ermäßigung oder Befreiung für das laufende Jahr erloschen.

Die in den zugestellten Veranlagungsbenachrichtigungen mitgeteilte Einspruchsfrist hat für obengenannte Steuerpflichtige mit Jahreseinkommen bis einschließlich 900 Mark bezügl. der Gemeindesteuer keine Gültigkeit. Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Einlegung der Berufung nicht aufgehalten, muß vielmehr mit Vorbehalt späterer Erstattung des zuviel Bezahlten zu den bestimmten Terminen erfolgen.

Eine Abholung der Steuern oder vorherige Aufforderung zur Zahlung findet nicht statt.

Genosse Siefeld bittet um mitzuteilen, daß er nicht, wie in dem Bericht über die Kartellführung irrtümlich angegeben wurde, Vorsitzender der Gewerkschaftskommission für West-

preußen ist. Bisher habe sich die Kommission nicht konstituiert, eine Wahl wäre also auch noch nicht vorgenommen.

t. Der Programmwechsel im Wintergarten führte eine Anzahl neuer Kräfte nach Danzig. Das Haase-Ensemble verlängert sein Gastspiel. Mary Roge ist eine feiche Soubrette. Fröh Münch stellte sich als „Berufsbettler“ vor und seine launigen Ausführungen fanden den Beifall des Publikums. Das Haase-Ensemble führte zwei neue Burlesken auf. „Ein unheimlicher Gast“ nennt sich das erste Stück. Es bringt eine Fülle von Verwicklungen und komischen Situationen, so daß man wohl von Lachen ohne Ende sprechen kann. Die andere Burleske mit dem vielversprechenden Titel: „Ein Kuß im Steffenspark“ übertrifft in Aufbau und Handlung die erste. Ueber den Inhalt verraten wir nichts. Die Zuschauer haben gelacht, herzlich gelacht. Als „Wäschermodell“ treten die Hengler Sisters auf. Die Leistungen der jugendlich-geschmeidigen Körper fanden Beifall bei offener Szene. Eine Badelene mit „glücklichem“ Ausgang führte das Hübner-Duo vor. Die drei Gebrüder Philipp nennen sich die „Könige der Reulen-Dongliertunft“. Sie tragen den Namen mit Recht. Ihre Arbeiten an einer frei balancierten, 7,50 Meter hohen Leiter erregten allgemeine Bewunderung. In die Zeit, als der Großvater die Großmutter nahm, führten die anmutigen Biedermeier-Szenen Les Bijoux. Walter Bährmann heißt der neue Humorist. Prächtiges Organ und angenehmer Vortrag machen seine scharfen, witzigen Couplets zu einem Genuß.

500 Mark Belohnung setzte der Regierungspräsident für die Ermittlung des Täters aus, der am Sonntag den 7. Juni auf der Chaussee zwischen Klein-Deesen und Pempau an einem elf Jahre alten Mädchen ein schweres Sittlichkeitsverbrechen verübt hat.

Die Brücke der Deutschen Petroleum-Verkaufsgesellschaft in der toten Weichsel bei Legan wurde von dem Stettiner Dampfer Lina stark beschädigt.

Polizeibericht vom 17. Juni.

1. Verhaftet: 6 Personen, darunter 1 wegen Sachbeschädigung und Widerstandes.
2. Erfinden: 1 Visitenkartentische mit Karten für Frau Rosalie Zwarg, 1 weißer Kindermantel, 1 Nadelstanzmaschine im Lederstich, 1 goldenes Kettenarmband, 1 Paket, enthaltend Schmalz und 2 Lüren mit Zucker, 1 Hundemarke Nr. 1385-14, abzuholen aus dem Fundbureau des Königl. Polizeipräsidiums; 1 runde Damenphotographie, abzuholen von Herrn Marshall, Schützenstieg 41, 1 schwarze Handtasche mit Inhalt, sowie Visitenkarten für Gertrud Semrau, abzuholen von Herrn Gustav Brause, Vangarten Nr. 44, 1 goldene Herrenuhr mit Manogramm, abzuholen von Herrn Ernst Drell, Wittenbergstraße 16, bei Speer, 1 zweireihige Korallenhalbkette mit Kreuz, abzuholen von Frau Auguste Neumann, Anterschiedegasse 10, 1 Fahrrad, gezeichnet Ebner, und 1 Korb, abzuholen von Frau Alice Hamann, Neubude, Waldstraße 3.

Danziger Standesamt vom 17. Juni.

Langfuhr.
Todesfälle: T. d. Arbeiters Gustav Krause, 4 J. alt, und eine T. totgeboren. — S. d. Dieners Friedrich Sennoh, 11 J.

Schiffnachrichten.

Nach Danzig unterwegs.		
Schiff	Kapitän	Abgegangen
Carlos (SD)	Rapht	14. Juni von Brunsbüttellog
Gauß (SD)	Geiseler	14. Juni von Hamburg
Mottlau (SD)	Rinder	11. Juni von Schleiß
Drest (SD)	Ehlers	13. Juni von Kapenhagen
Angekommen in fremden Häfen.		
Schiff	Kapitän	Angekommen
Flora (SD)	Rostamp	13. Juni in Emden
Blonde (SD)	Rosenbaum	13. Juni in Brunsbüttellog
Oberpräsident	Peters	13. Juni in Brunsbüttellog
Deßbrück (SD)		

Aus aller Welt

— Gefährlicher Erdsturz in England. In Northhamman wurden ungefähr 200 Bergleute durch einen Erdsturz in einer Kohlengrube 20 Stunden lang eingeschlossen. Der fieberhaften Anstrengung der Rettungsmannschaften gelang es, einen Durchbruch zu schaffen, um die Eingeschlossenen zu befreien.

— Empress of Ireland. Vor der Kommission, die in Quebec die Ursachen des Unterganges der Empress of Ireland untersucht, sagte der Kapitän Kendall aus, daß er nach seiner Rettung durch ein Boot der Stortad auf den Kapitän der Stortad zugegangen sei und ihm gesagt habe: Sie brachten mein Schiff zum Sinken; Sie fuhren mit voller Geschwindigkeit. Er erklärte weiter, daß er auf Deck der Stortad vor Erschöpfung zusammengebrochen sei.

— Wollenbruch. Ueber den Borort Gonsenheim bei Mainz ging Dienstag ein schwerer Wollenbruch nieder. Das Wasser stand in einzelnen Häusern einen Meter hoch. Auf der Borortbahn und der Staatsbahn ist der Bahndamm an drei Stellen unterwaschen.

— Ein aufregender Vorfall spielte sich Dienstag abend an der über den Nordhafen führenden Kieler Brücke in Berlin ab. Letztere wird zurzeit umgebaut und ist für Fußgänger gesperrt. Ein 72jähriger Arbeiter versuchte dennoch, die Brücke zu passieren. Er überkletterte die Barriere, verlor jedoch auf der Hälfte des Weges das Gleichgewicht, stürzte ab und schlug so unglücklich mit dem Kopf gegen einen Brückenpfeiler, daß er das Bewußtsein verlor und auf der Stelle verstarb.

— Schwere Brandunglücke in Lüttich und Moskau. Dienstag nachmittag ist in einer Spinners ein Brand ausgebrochen. 300 Arbeiter verließen fluchtartig das Gebäude. Zwei Frauen sind verbrannt. Viele Personen sind verletzt. — Durch einen Brand, der infolge einer Explosion ausbrach, wurde die Celluloidfabrik von Kaminsky in Moskau zerstört. Es sind bereits fünf Leichen geborgen. Der Fabrikbesitzer und vierzig Arbeiter sind schwer, mehrere andere leicht verletzt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlich für die Rubriken „Danziger Nachrichten“ und „Aus Westpreußen“ Anton Jochen-Danzig, für den übrigen Inhalt des Blattes Hans Wittwisch-Königsberg i. Pr., für Inserate Franz Unterholt-Danzig. Verlag Volkswacht S. Gehl u. Co. Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Wintergarten
Sonntag den 21. Juni 1914
nachmittags 3 Uhr
Volksvorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Haase - Burlesken:
Ein unheimlicher Gast. Der Kuß im Steffenspark.
Außerdem:
Walter Bährmann, der beliebte Humorist
und das vollständige Weltstadtprogramm. 1736
Karten zum Preise von 30 Pfennig
für alle Plätze gültig und zu haben: Expedition der
Volkswacht, Paradiesgasse 32, Zigarrengechäft C. Sellin,
Schiffelbamm 56 und in sämtlichen Gewerkschaftsbüros.

Uhren
mit 3 jähriger schriftl. Garantie
Silberne Herrenuhren . . . von Mk. 7,50
Siderne Damenuhren . . . von . . . 7,50
Goldene Damenuhren . . . von . . . 14,50
Weder . . . von . . . 1,75
538
Reparaturpreise:
Eine Uhr reinigen Mk. 1, eine Feder
Mk. 1, ein Glas 15, Zeiger 20, Kapsel 20 Pf.
S. Lewy Nigr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.
Seien Sie vorsichtig
in der Wahl Ihrer Getränke.
Es ist durchaus nicht egal, was Sie
trinken. Ganz hervorragend wird
Ihr Wohlbefinden sein, wenn Sie
Greifensteiner Sauerbrunnen
und **Greifensteiner mit Zitrone**
trinken. Der Feinschmecker wird
immer wieder gerne diese Qualitäts-
marken bevorzugen. Größter Ver-
sand des Ostens. General-Vertrieb
Adolf Weide, Danzig, Milchkanngasse
Nr. 32. Telefon 2870. (742)

Menschenschlachthaus.
Bilder vom kommenden Krieg!
Preis 1,00 Mk. Porto: Drucksaße 10 Pfg.
Volkswacht - Buchhandlung, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32
Elbing
Allg. Arbeiter-Verein.
Sonntag den 21. Juni im Volkshaus, Holzstr. 9
Großes Sommerfest
verbunden mit Konzert und nachfolgendem Tanz.
Alles übrige die Plakate.
Um guten Besuch bittet **Der Vorstand.**

Wintergarten
Prolongiert Prolongiert
Haase-Burlesken
Ein unheimlicher Gast Der Kuß im Steffenspark
Walter Bährmann, der beliebte Humorist
sind Schlager des glänzenden Weltstadt-Programms
vom 16. bis 30. Juni
Vorverkauf Zigarrengechäft: **R. Obst**, heutige Weitzgasse 13
627) **Gabr. Wetzel**, Stadtgraben 5
Lichtstrahlen. Monatliche Bildung-Organ für
denkende Arbeiter. Heraus-
gegeben von **Sultan Vorkarbi.**
Preis pro Heft 10 Pfg. — Zum Abonnement empfohlen.
Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Paradiesgasse 32.

Wer Delikatessen und Kolonial-
waren billig kaufen will,
veräume nicht, seinen Bedarf auf
diese fetten günstige Off. einzuwenden.
reines Schweinefleisch Pfd. 63 S.
Rundfleisch Pfd. 43 S.
Kartoffelmehl sup. 13 S.
Biskuiten p. Pfd. 22, 25, 30, 40 S.
Ringapfel p. Pfd. 43 S.
Kalifornische Birnen 42 S.
getrocknete Kürbisse 40 S.
eingemachte Kürbisse 55 S.
gelber Gries p. Pfd. 22 S.
Reisgries 18 S.
Weizengries 18 S.
Haferflocken 20 S.
H. Perlgroste 20 S.
H. Haarmudeln 33 S.
H. Hausrasennudeln 35 S.
Reisstärke 33 S.
do. in 5 Pfd. Paket 39 S.
H. Salat per Pfunde 30 S.
Taffel Käse p. Pfd. 50, 60, 70 S.
Schneidbohnen p. 2 Pfd. Dose 28 S.
junge Erbsen p. 2 Pfd. Dose 42 S.
Leipziger Pfeffer 2 Pfd. Dose 48 S.
weiße Gelatine 10 Tafeln 10 S.
sowie alle and. Kolonialwaren und
Delikatessen zu ordentl. bill. Preisen.
Karl Liedtke. Inh. Gustav Liedtke.

Wegen Todesfall
Total-Ausverkauf
von **Lederhuhwaren.**
Herren-Stiefel.
Größe 44-47 von 4.50 an
Damen-Lasting-Schnür-
stiefel 3.50 1688
Kinder-Rossleder-Halbschuhe.
leht hart. Gr. 22-35, noch alle
Größ. am Lager, v. 98 S. an.
F. & B. Schlachter.
Heilige Geistgasse 141, Glodentor.

Herren-Anzüge
billig zu verkaufen 1499
Milchkanngasse 15, 1 Tr.
Möbel jeder Art kauft
und verkauft
Franz Reinsdorf, Tobias
Schloffermeister, P. i. m. Otto Neumann,
Schloffermeister, Spieringstr. 26.

Inferate und
Abonnements
für **Elbing**
sind zu richten an Herrn
Albert Krüger
Elbing
Innerer Georgendamm 2
Expedition der Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse Nr. 32.

Central-Theater
Elbing, nur Brlickstr. 15
Von Mittwoch bis Freitag
Wieder 2 grosse Sensationen:
Steele und Kate
Privatdetektive.
Ein realistisches Schauspiel von
grosser Spannung in 3 Akten.
Der liegende Cirkus.
Aeusserst fesselnde Cirkus-
tragödie in 3 Akten.
Ausserdem das grosse
humoristische Programm.
Erstklassige Rezitation der Bilder
durch Herrn George Schröbler.
624) **Die Direktion.**

F. Kuhn, Wasserstr.
Nr. 80,
empfehlen feine [110
Hut- und Mützensgeschäft.